

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der unskrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21

Dienstag, den 13. September 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich.

Ein unfassbares Verbrechen hat in Genf stattgefunden. Die schwerkranke Kaiserin von Oesterreich, die dort zur Erholung weilte, ist das Opfer eines italienischen Messerstechers geworden. Eine That, die unfassbar ist, wenn sich nicht herausstellt, daß das Gehirn eines Verrückten die That ausgebrütet habe. Die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, die Schwester des bekannten Augenarztes Herzog Karl Theodor in Bayern, eine 61 jährige Frau, war keine der Personen, die den Haß, die Wuth, die Rachsucht irgend Jemandes auf sich lenken konnte. Besonders seit dem tragischen Tode ihres ältesten Sohnes, des Kronprinzen Rudolf, hatte sie sich von jeder Repräsentation zurückgezogen, sie hatte sich fast nie mehr als Kaiserin in der Öffentlichkeit gezeigt, selbst bei Monarchenbesuchen in Wien hatte sie die Hofburg gemieden. Früher eine lebensfrohe Natur führte sie nun ein Einsiedlerleben. In die Politik hatte sie nie einzugreifen versucht. Sie war eine Frau, die nie etwas gethan hatte, um sich populär zu machen, die aber auch Niemanden sich zum Feinde machte.

Wenn wir als Gegner des Mordes in jeder Gestalt auch das politische Attentat stets verdammen, so haben wir doch die psychologischen Motive solcher Handlungen zu ergründen gesucht. Bei der That, der die Kaiserin von Oesterreich zum Opfer gefallen ist, versagt jeder Versuch, die Motive zu ergründen. Wenn die Telegraphenbureaus melden, daß ein Anarchist Namens Luccheni der Mörder ist, so wollen wir abwarten, ob für die anarchistische Gesinnung des Thäters Beweise beigebracht werden können. Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, so beweist dies für den politischen Charakter des Attentats noch gar nichts. Die Anarchisten haben keine gemeinsame Organisation, keine leitende Behörde, die Ideen von der unsinnigen Propaganda der That haben auch in ihren Kreisen an Boden verloren. Wichtiger als die Feststellung der politischen Gesinnung, zu der der Attentäter sich bekannte, wäre die Untersuchung des Geisteszustandes des Mordbuben. Nur ein krankes Gehirn kann unseres Erachtens den Gedanken ausbrüten, eine harmlose, alte, kranke Frau, die Niemandem etwas zu Leide gethan hat, auf offener Straße am hellen Tage anzufallen und ihr das Leben zu rauben. Hoffentlich darf man zu der Unabhängigkeit der Schweizer Gerichtsbehörden das Vertrauen haben, daß sie von berufener und unabhängiger Seite den Geisteszustand des Attentäters auf das Genaueste untersuchen lassen und nicht, wie Bismarck im Falle Nobeling die Untersuchung des Geisteszustandes des Attentäters durch ein Machtwort verhindern.

Wenn wir auch meinen, daß der Fall vor Allem die Irrenärzte zu beschäftigen haben sollte, so zweifeln wir doch nicht daran, daß man sich bemühen wird, ihn politisch zu fruktifizieren, daß man ihn zu einer Hege gegen alle unbequemen Parteien auszubenten suchen wird. Kein Verständiger könnte ein solches Verfahren billigen.

Das Ende der Kaiserin von Oesterreich erinnert an eine Reihe tragischer Todesfälle in der österreichischen Herrscherfamilie. Bald nach der 1854 vollzogenen Heirath des Kaisers mit der einfach erzogenen, durch ihre blendende Schönheit bekannten 17jährigen bayerischen Prinzessin Elisabeth verbrannte eine Tochter des Erzherzogs Albrecht, 1867 wurde der älteste Bruder des Kaisers, Kaiser Maximilian von Mexiko, zu Queretaro standrechtlich erschossen, 1889 endete in unrühmlicher Weise der ihr an's Herz gewachsene älteste Sohn Kronprinz Rudolf in dem Lustschloße von Mayerling, im vorigen Jahre verbrannte die Schwester der Kaiserin, die Herzogin Alexon, bei dem fürchterlichen Wohlthätigkeits-Bazar-Brand in Paris. Ihre Schwestern, die Königin von Neapel und die Gräfin Trani, leben infolge der Einigung Italiens in der Verbannung.

Ein sympathischer Zug der Kaiserin war ihr Interesse an der schönen Literatur. Bemerkenswerth ist dafür, daß sie zu ihrem Lieblingsdichter nicht einen der hofflichsten Dichterschüler, sondern den Mann erlor, der am wenigsten Respekt vor Kronen und Stammbäumen hatte, Heinrich Heine. Als in Deutschland der Sturm gegen die Er-

richtung des Heine-Denkmal inscenirt wurde, bewies sie Muth und Unabhängigkeit, indem sie unter ihrem Namen einen erheblichen Beitrag zu den Denkmalkosten zeichnete. Als die Errichtung des Denkmal aufgegeben wurde, schuf sie in ihrem märchenhaften Schloße Achilleion auf Korfu dem großen deutschen Dyrker ein herrliches Standbild. Erst vor wenigen Wochen hatte sie Deutschland verlassen, sie hatte in Raubheim gegen ihr schweres Nierenleiden Heilung gesucht. Erwähnt mag noch werden, daß die Kaiserin eine große Freundin der Natur war, sie machte regelmäßig lange, oft meilenweite Spaziergänge, jeder Schuß ihrer Person durch Polizei war ihr unangenehm. Niemals fürchtete sie etwas für sich, Jedermann konnte ihr da Recht geben. Desto unbegreiflicher ist die That des Messerhellen.

Ueber die Mordthat liegen folgende Depesche vor:

Genf, 10. September. (Melbung der „Schweiz. Telegraphen-Agentur“). Die Kaiserin von Oesterreich, welche am Sonnabend Mittag gegen 1 Uhr das Hotel „Beaurivage“ verlassen hatte, um sich zur Landungsstätte der Dampfser zu begeben, wurde in roher Weise von einem Menschen angefallen und gestoßen, so daß sie niederfiel. Sie erhob sich alsbald wieder und gelangte bis zum Schiff, wo sie das Bewußtsein verlor. Der Kapitän entschloß sich auf das Drängen der Personen des Gefolges das Abfahrtszeichen zu geben, kurz darauf aber stoppte das Schiff und kehrte zur Landungsstelle zurück. Da die Kaiserin noch immer ohne Bewußtsein war, brachte man sie auf einer improvisirten Tragbahre in das Hotel „Beaurivage“ zurück, wo sie einige Augenblicke später verschied. Man stellte fest, daß die Kaiserin durch einen Stilettich in der Gegend des Herzens ermordet worden war. Der Mörder, welcher verhaftet wurde, ist ein in Paris geborener italienischer Anarchist Namens Luccheni.

Genf. Das Attentat gegen die Kaiserin von Oesterreich wurde in der Nähe des Denkmal des Herzogs von Braunschweig begangen, auf dem Wege zwischen dem Hotel Beaurivage und der Landungsstelle am Quai Montblanc. Ein Individuum, gefolgt von einem Greise mit langem Barte, welches der Kaiserin entgegenkam, stürzte sich auf sie und verfehrte ihr einen heftigen Stoß. Jedermann glaubte, es handle sich um einen Faustschlag. Die Kaiserin erhob sich wieder mit Hilfe einer Dame ihres Gefolges und einiger Spaziergänger und konnte den Landungssteg erreichen und das Schiff besteigen. Inzwischen war der Angreifer verhaftet worden. Kaum an Bord angekommen, wurde die Kaiserin ohnmächtig; der Kapitän jögerte, den Befehl zur Abfahrt zu geben. Einige Zeit darauf stellte man fest, daß die Kaiserin das Bewußtsein nicht wiedererlangte. Die um sie beschäftigten Damen fanden auf den unteren Kleidungsstücken eine kleine Blutspur. Das inzwischen abgegangene Schiff drehte alsdann und legte wieder am Quai an. Die Kaiserin wurde auf einer aus Rudern und Segeltuch gebildeten Bahre in's Hotel geschafft. Die Aerzte Golah und Meyer, sowie ein Priester wurden sofort herbeigerufen und sodann wurde an Kaiser Franz Josef telegraphirt. Nichts wurde versäumt, um die Kaiserin zu retten, aber es war Alles umsonst, sie verschied gegen 3 Uhr Nachmittags. — Nach dem Resultate der ärztlichen Untersuchung muß sich der Mörder einer dreikantigen, spigen Dolch Klinge, eines Tierspoint, bedient haben. Nachdem er den Stoß geführt, floh der Mörder durch die Alpenstraße und war im Begriffe, den weiten Alpenplatz zu gewinnen, wo er leicht hätte entkommen können, als er von den beiden Kutschern, Viktor Buillemin und Louis Chamartin, festgehalten wurde, welche am Quai hielten und das Attentat bemerkt hatten. Sie übergaben ihren Gefangenen dem Fährmann Albert Fiauz und dem Gensdarmen Kaiser, welche ihn zur Polizeiwache nach den Baquis brachten. Der Mörder folgte, ohne Widerstand zu leisten, er sang sogar und sagte unter Anderem: „Ich habe sie gut getroffen, sie muß todt sein!“ Auf der Polizeiwache erklärte er, er sei Anarchist, ohne Brod, er habe nichts gegen die Arbeiter, aber gegen die Reichen. Später wurde der Mörder auf den Justizpalast gebracht und dort von dem Untersuchungsrichter Lechet einem Verhör unterzogen im Beisein dreier Mitglieder der Kantonsregierung, des

Kantonsanwalts, des Sekretärs des Polizeidepartements und eines Polizeikommissars. Er gab hier vor, nicht französisch zu können und verweigerte die Antwort; er nannte sich Luigi Luccheni (sprich Luceni, Ton auf der vorletzten Silbe), Italiener, geboren am 21. April 1873 zu Paris.

Wien. Die Nachricht von dem schrecklichen Genfer Ereignisse verbreitete sich in Wien zwischen 5 und 6 Uhr Nachmittags mit der Schnelligkeit eines Lauffeuers und rief allgemeines Entsetzen, höchste Bestürzung und Trauer sowie Entsetzen über die ungeheuerliche That hervor. Die Straßen füllten sich sofort mit ungezählten Tausenden von Menschen, sodaß ein Theil der Straßen und Plätze für Wagen unpassierbar war. — Alle Zeitungen veranstalteten Extra-Ausgaben. Eine Extra-Ausgabe der halbamtlichen „Wiener Abendpost“ brachte die Bestätigung der Schreckensbotschaft.

Die Blätter feiern die edlen Geistes- und Herzeigenschaften der verewigten Kaiserin, sie gehen von Hand zu Hand und werden in den einzelnen Gruppen verlesen. Die Vorstellungen in den Hoftheatern, sowie in der Jubiläums-Ausstellung wurden sofort abgesagt. Ueberall herrscht große Trauer.

München. Die Nachricht von der Ermordung der Kaiserin Elisabeth verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt und rief bei den nahen Beziehungen der Kaiserin zum bayerischen Herrscherhause überall schmerzliche Theilnahme hervor.

Ueber den Mörder bringt die „Frk. Btg.“ noch folgende Einzelheiten:

Bei seinem Verhör erklärte der Mörder mit Eynismus, er sei Anarchist seit seinem dreizehnten Lebensjahre und bemerkte, daß er nichts bereue. — Die Kaiserin befand sich seit einigen Tagen in der Schweiz und war im Grand Hotel de Caux bei Montreux abgekniegen. Sie kam am Freitag incognito nach Genf und machte einen Besuch bei der Baronin von Rothschild.

Der Mörder hat erklärt, daß er seit Mai in Lausanne am Bau des neuen Postgebäudes arbeitete, und sei nach Genf gekommen in der Hoffnung, den Prinzen von Orleans zu tödten, der hier sein sollte, aber er fand nicht den Prinzen. Hier hörte der Mörder von dem Aufenthalt der Kaiserin und verfolgte ihre Schritte seit Freitag, aber er konnte keine ihm passende Gelegenheit finden. Am Sonnabend stellte er sich am „Hotel Beau Rivage“ auf und vollführte dann am Landungssteg den Mord.

Da das Genfer Strafgesetzbuch, unter welches der Mord fällt, die Todesstrafe nicht kennt, so dürfte Luccheni mit lebenslänglichem Zuchthaus oder Irrenhaus davonkommen.

Die Ausbeutung des Mordes im politischen Interesse hat schon begonnen. Man muß sich daher auf allgemeines Kesseltreiben gegen die revolutionären Parteien, und mögen sie den politischen Mord noch so sehr verabscheuen, wie wir Sozialdemokraten es thun, gefaßt machen. Es sind natürlich dieselben Blätter, die sich auch sonst im Kampfe gegen den Umsturz hervorthun. So schreibt die halbamtliche „Karlsruher Zeitung“:

„Wie lange noch wollen Regierende und Volkstretung in falscher Einschätzung der zerfallenden Theorien unverbesserlicher Weltverbesserer zaudern, das Uebel mit der Wurzel auszurotten? Das freie Wort in Ehren, die zielbewusste Verhekung aber, mit ihren den Staat und die Gesellschaft untergrabenden Tendenzen darf nicht noch zum Ueberfluß gesehlich geschützt werden. Mene Tekel!“

Und die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ der Agrarier, bemerkt:

Es hallt sich uns die Faust bei dieser Nachricht. Wenn das revolutionäre Mordgefinde sich an Staatsmänner und Staatsoberhäupter herannah, so sind solche Thaten doch immer noch aus dem verbrecherischen Irlehren zu erklären, die das Hirn dieser verkommenen Menschen füllten. Aber was hat sich der Mordbube von der Erholung einer Frau, die zwar an hoher Stelle stand, aber mit der Staatsleitung nichts zu thun hatte, für die Verwirklichung der anarchistischen Träumereien verprochen? Wir wissen es nicht, und er selbst weiß es ja auch nicht. Seine fluchwürdige That ist nichts als ein Ausfluß jener Verhekung, die in den meisten Ländern ungestraft öffentlich auftreten und unklare Köpfe mit verbrecherischen Neigungen verwirren darf. Die Predigt

des Hasses gegen alles Bestehende hat den Morbbuben in solche Maseret hineingetrieben, daß sich seine Wuth mit dem Dolche Luft machen mußte — sei es auch gegen eine auf der Erholungsreise weilende Frau. Die Heizer und Aufreißer aber hören von der That mit stiller Begnügung, verzeichnen sie im Revolutionskalender unter den Großthaten der Menschheit — und waschen im übrigen ihre Hände in Unschuld. Ist es nicht endlich an der Zeit, daß diesen Verführern und Volksverderbern ihr Handwerk gelegt wird? Wer den Umsturz alles menschlichen und göttlichen Rechts predigt, wer sich selbst außerhalb jeder Rechtsordnung stellt, der darf sich nicht beschweren, wenn diese Lehre auf ihn selbst angewandt und zu seiner Unschädlichmachung die schärfsten Mittel gebraucht werden. Möge die neue Frevelthat die Gesetzgeber aller Staaten aufrütteln, daß sie sich endlich ermannen, um solchen fluchwürdigen Verbrechen vorzubeugen!

Politische Rundschau. Deutschland.

Nebst die Einberufung des Reichstags erfährt die Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin von „gut“ unterrichteter Seite, dieselbe dürfte in diesem Jahre sehr spät, wahrscheinlich im Anfang des Monats Dezember erfolgen, jedenfalls erst nach Beendigung der preussischen Landtagswahlen, welche im November stattfinden werden. Ein definitiver Entschluß sei indeß noch nicht gefaßt.

Für die geplanten neuen Heeresvermehrungen nehmen, wie man der „Rhein.-Westf. Ztg.“ aus Berlin schreibt, alle Vorbereitungen ihren ungestörten Fortgang. Alles deutet darauf hin, daß dem neuen Reichstag die angekündigte große Militärvorlage alsbald zugehen und der neue Militäretat jede der in Aussicht genommenen Mehrforderungen enthalten wird.

„Aus einem der größeren Bundesstaaten“ wird der „Nationalztg.“ geschrieben, daß dort in amtlichen Kreisen die Aeußerung des Kaisers über einen das Koalitionsrecht betreffenden Gesetzentwurf um so mehr überrast hat, da überhaupt noch nicht an die Ausarbeitung eines bezüglichen Entwurfs gegangen worden, zumal noch nicht die Antworten aller Bundesregierungen auf die Umfrage des Staatssekretärs Graf Posadowsky vom Dezember vorigen Jahres in Berlin vorliegen dürften. Es müßte angenommen werden, daß bei der Meldung über die Aeußerung des Kaisers ein Mißverständnis obwaltet, wenn gleich nicht zu bezweifeln ist, daß ein gesetzgeberisches Vorgehen im Sinne des Posadowsky'schen Erlasses, eine Wiederaufnahme des zuletzt 1891 gescheiterten Versuches, verschärfte Strafbestimmungen gegen Rechtsverletzungen bei Streiks zu erlangen, beabsichtigt ist.

Die Reichstagsersatzwahl in Pyritz-Saatzig für den verstorbenen Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe v. Plöb hat am Freitag stattgefunden. Soweit bis jetzt ermittelt, erhielten bei der Reichstagsersatzwahl im Kreise Pyritz-Saatzig von Wangenheim (Bund der Landwirthe) 3908, Hinge (liberal) 3293, Appel (SD.) 1132 Stimmen. — Bei der Hauptwahl am 16. Juni wurde v. Plöb bei 23 540 Wahlberechtigten mit 8043 gegen 2735 konf., 51 antisem., 2545 sozial. und 101 zersplitterte Stimmen gewählt.

Der Kaiser und die zweijährige Dienstzeit. Treffend macht der „Beobachter“ in Stuttgart darauf aufmerksam, welches brillante Zeugniß der Kaiser der seit 1893 eingeführten zweijährigen Dienstzeit ausgestellt hat, indem er beim Paradebühnen des siebenten westfälischen Armeekorps dieser Tage wörtlich sagte: „Ich glaube der Ueberzeugung Raum geben zu dürfen, daß das 7. Armeekorps am heutigen Tage nicht um ein Haar schlechter ist, wie ich es von Seiner Majestät, meinem hochseligen Großvater übernommen habe.“ Da im Reichstage demnächst die Frage ob zwei- oder dreijährige Dienstzeit wieder erörtert werden muß, wird man sich darauf berufen können.

Mehr Polizei! Der preussische Minister des Innern hat an die königlichen Regierungen und an die Magistrate eine Rundverfügung erlassen, welche sich mit der Polizei beschäftigt. Es heißt darin: Bei den in jüngster Zeit in verschiedenen Städten mit eigener Polizeiverwaltung vorgekommenen tumultuarischen Ausschreitungen der Bevölkerung hat sich herausgestellt, daß die Polizeikräfte vielfach nicht ausreichten und schon nach den ersten Zusammenstößen Militär herangezogen werden mußte. Städte von 100 000 Einwohnern haben allerdings königliche Polizei, und hier kommt gewöhnlich auf 700 Einwohner ein Schutzmann. Dagegen gibt es Städte mit eigener Polizei, in denen auf 2000 Einwohner nur ein Beamter kommt, während ein solcher mindestens auf 1200—1400 Einwohner entfallen mußte. Besonders Städte mit zahlreicher industrieller Bevölkerung, wo häufiger Arbeitermassen sich ansammeln, die zu Ausschreitungen hinneigen, und wo die Agitation unlauterer Elemente Platz greift, haben eine Vermehrung der Polizeikräfte anzustreben. Auch bei der Polizeiwahl der Polizeibeamten selbst ist vorsichtig zu verfahren und ein großer Werth auf die Instruktion und Ueberwachung zu legen, um ein tüchtiges und zuverlässiges Exekutivpersonal zu besitzen. Der Minister verlangt zunächst Auskunft über den Stand der Polizeikräfte, die politische Organisation und die bisher beobachtete Qualifikation der Beamten. Weitere Anordnungen behält er sich vor.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Anordnungen zuletzt auf eine sehr bedeutende Vermehrung der Polizeimannschaften hinauslaufen werden, nicht nur für die Orte mit eigener, sondern auch für die größeren Städte mit staatlicher Polizeiverwaltung. Soviel Polizei als möglich — das ist nun einmal unserer Regierungswisheit letzter Schluß. Daß bei der Begründung dieser Regierungswisheit auch die „zu Ausschreitungen hinneigenden Arbeitermassen“ herhalten muß, darf uns nicht Wunder nehmen. Wir sind das gewohnt. Es ist das A und O, der Anfang und das Ende preussischer Polizeiwisheit. Zu diesem Rundschreiben bemerkt die „Berl. Volksztg.“ gerade noch mit Bezug auf diesen Punkt:

„Wir hegen begründete Zweifel daran, daß es viele Kommunen giebt, die ihre Arbeiterbevölkerung als eine solche kennen gelernt haben, die zu Ausschreitungen geneigt oder der „Agitation unlauterer Elemente“ leicht zugänglich ist. Selbst unter dem drakonischen Sozialistengesetz, das die Arbeitermassen aufs äußerste erbittert hat, haben Ausschreitungen, haben Tumulte zu den größten Seltenheiten gehört, wie sie auch heute noch glücklicherweise zu den größten Seltenheiten gehören. Es muß bei dieser Gelegenheit die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Wortführer in den einzelnen Städten mit starker industrieller Bevölkerung zum Verdienst angerechnet werden, daß sie in allen Fällen, wo in Folge von Streiks u. eine Gährung unter den Arbeitern herrschte, zur Ruhe, Ordnung und geschnitzigen Haltung ermahnt haben; selbst gegenüber den zuweilen frivolsten Provokationen arbeitersindlicher Blätter haben die deutschen Arbeiter fast immer und überall eine wunderbare Mäßigung und einen erkenntlich starken gesetzlichen Sinn gezeigt. Und in den wenigen Ausnahmefällen, wo es wegen vorgefallener Ausschreitungen zu gerichtlichen Verhandlungen gekommen ist, hat es Zeugen gegeben, einwandfreie, besonnene, angesehene Männer ihrer Gemeinde, die unter ihrem Etde ausfragten, sie hätten den Eindruck gehabt, als hätten manche Polizeibeamte durch ihr zu frühes oder ihr zu schnelles Eintreten mehr geschadet als genützt!“

Zur Fleischvertheuerung. Die Vergleute der fiskalischen Gruben bei Königshütte in Oberschlesien richteten an das Ministerium eine durch die hohen Fleischpreise begründete Petition um Aufbesserung der Arbeitslöhne. Die Vergleute der Privatgruben werden ein gleiches Bittgesuch an die Grubenbesitzer einreichen.

Ein Gesuch sächsischer Eisenbahnarbeiter, das um Einführung von Arbeiter-Ausschüssen bittet, ist von der Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen unter Zustimmung der Regierung mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß „kein Bedürfnis für derartige Ausschüsse vorhanden“ sei. Diese Ansicht wird sicher nur von Wenigen getheilt. Einflußreiche Arbeiterausschüsse würden bei den im sächsischen Staatsbahnbetrieb herrschenden Arbeiterverhältnissen ein wichtiges Tätigkeitsgebiet finden. In der sächsischen Großindustrie hat man jedoch längst einflußreiche Arbeiter-Ausschüsse als un bequem empfunden und das Ansehen dieser Ausschüsse daher auf ein tiefes Niveau herabgedrückt. Man will ihnen keinen Einfluß gestatten und deshalb nützen sie auch weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern. Für solche Arbeiter-Ausschüsse ist allerdings „kein Bedürfnis vorhanden“.

Das Ergebnis der Reichstagswahl 1898 für Preußen. Die vorläufige Zusammenstellung im Bureau des Reichstags giebt für Preußen zum ersten Male amtliche Ziffern, während in Baiern und Sachsen die Regierungen bereits eine Statistik veröffentlicht haben. Es sollen diesmal auch die entsprechenden Ziffern für die Stichwahlen von 1898 angeführt werden. In Preußen (für das Deutsche Reich) waren 1898 wahlberechtigt 6 931 197 (gegen 6 421 528 im Jahre 1893). Gültig waren bei den Hauptwahlen 4 723 215 (4 656 404 im Jahre 1893), bei den Stichwahlen 2 480 553, ungültig 20 291 Stimmen (gegen 11 500 im Jahre 1893), bei den Stichwahlen 14 015. Auf die Konservativen fielen: 664 860 (gegen 755 386 im Jahre 1893), bei den Stichwahlen 364 310; auf die Reichspartei 288 883 (gegen 359 309), bei den Stichwahlen 156 482; auf die Antisemiten 100 538 (gegen 117 001), bei den Stichwahlen 18 551; auf die Antisemiten, die nicht der deutsch-sozialen Partei angehören 18 996, bei den Stichwahlen 13 830, auf das Centrum 960 356 (gegen 956 248), bei den Stichwahlen 227 889, auf die Polen 253 809 (gegen 229 531), bei den Stichwahlen 30 019; auf die Nationalliberalen 469 187 (gegen 405 136), bei den Stichwahlen 439 091; auf die Freisinnige Vereinigung 139 310 (gegen 184 202), bei den Stichwahlen 140 664; auf die Freisinnige Volkspartei 427 749 (gegen 461 553), bei den Stichwahlen 297 682; auf unbestimmt liberale Richtung 12 624, bei den Stichwahlen 13 834; Deutsche Volkspartei 1161 (gegen 7091); auf die Sozialdemokraten 1141 557 (gegen 963 307), bei den Stichwahlen 628 516; auf den Bund der Landwirthe 61 522, bei den Stichwahlen 27 545; auf die Welfen 94 359 (gegen 101 714, bei den Stichwahlen 101 217), auf den Dänen 15 439 (gegen 14 363), unbestimmt und zersplittert waren 26 531 (gegen unbestimmt: 29 781 und zersplittert: 8238), bei den Stichwahlen 7818; auf die Nationalsozialen fielen 18 574, auf die Christlichsozialen 47 360, bei den Stichwahlen 120 999. An den Hauptwahlen haben 1893 509 669 Wahlberechtigte mehr theilgenommen. Gültig waren gegen 1893 mehr 66 811 Stimmen, ungültig gegen 1893 mehr 8791. Es haben gegen 1893 bei den Hauptwahlen verloren: Konservativen 90 526, Reichspartei 70 926, Antisemiten 16 463, das Centrum 5898, die Welfen 7382, die Freisinnige Vereinigung 44 892, die Freisinnige Volkspartei

33 804 Stimmen. Dagegen haben gewonnen: die Nationalliberalen 64 051, die Polen 19 278, der Dänen 1136, und die Sozialdemokraten 17825 Stimmen.

Ein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird in einer Meldung des Bureau Reuter angekündigt. Danach soll der stellvertretende amerikanische Departementssekretär Moore erklärt haben, es sei Grund vorhanden, anzunehmen, daß ein Reciprocitätsabkommen auf ähnlicher Grundlage, wie zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossen sei, in wenigen Monaten auch in Deutschland zustande kommen werde. Was sagen unsere Agrarier einer solchen Verheißung? Wenn wahr würde, müßte ja die deutsche Regierung den Amerikanern auch in ähnlicher Weise entgegen gekommen sein, wie es die französische gethan hat. Das könnte aber nur auf Kosten der agrarischen Interessen, wie sie vom Bund der Landwirthe vertreten werden, geschehen. Bekanntlich haben die Amerikaner in ihrem Dingleytarif hauptsächlich darum so hohe Einfuhrzölle auf zahlreiche Waaren gelegt, weil die europäischen Regierungen, darunter auch Deutschland, die Einfuhr amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse erheblich einschränkten, erschwerten oder ganz verboten. Namentlich unterdrückte man die Einfuhr von amerikanischem Fleisch, Speck und Obst. In dem Dingleytarif befindet sich nun eine Klausel, wonach denjenigen Ländern niedrigere Einfuhrzölle bewilligt werden können, die auch die amerikanischen Waaren loyal behandeln wollten. Auf Grund dieser Klausel wurden schon im Oktober vor. J. Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika eingeleitet, die aber erst Ende Mai ds. J. zu einem Abschluß führten. Trotz des Ministeriums Meline sah sich die Franzosen genöthigt, die Zölle auf amerikanische Produkte der Landwirtschaft nicht nur ganz beträchtlich zu ermäßigen, sondern auch durch den französischen Gesundheitsrath, die höchste Medizinalbehörde, erklären zu lassen, daß das amerikanische Fleisch gesundheitsunschädlich sei. Die Franzosen ermäßigten den Zoll auf zubereitetes, gepökeltes, gefalzenes geräuchertes Schweinefleisch gleich um 100 Prozent oder von 100 auf 50 Fr. per 100 Kilogramm, auf Schmalz und dessen Mischungen von 40 auf 25 Franks; Wüchslerwaaren zahlen fortan 15 Fr., Aepfel und Birnen für die Tafel 2 Fr., zu Apfelwein 1,5 Fr., andere Früchte 3 Fr., gewöhnliche Holzstämmen 0,65 Fr., gefügt bis 8 Millimeter dick 1 Fr. u. s. w. Als Ersatz zahlen französische Branntweine und Spirituosen 1,75 Dollars statt bisher 2,25 Dollars per Gallone, gebrannte Weine und Wermuth 35 Cents statt bisher 40—50 Cents, Gemälde, Statuen, Kunstwerke 15 statt 20 Prozent ihres Werthes. In dieser Weise kam das Ministerium Meline den amerikanischen Ansprüchen nach. Auch die deutsche Regierung scheint neuerdings nach all den verunglückten Versuchen Amerika durch den Boykott des amerikanischen Fleisches, des Speckes und Obstes müde zu machen, im Interesse unseres Handelsverkehrs mit Amerika nachgeben und die agrarischen Hege nicht länger Folge leisten zu wollen. Wenn der amerikanische Departementssekretär recht unterrichtet ist, so würde innerhalb der Reichsregierung eine anti-agrarische Strömung wieder Oberhand gewonnen haben. Das scheint allerdings deswegen wahrscheinlich, da auch der Kaiser kürzlich ebenso deutlich als scharf die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe in seiner Ansprache an den westfälischen Bauernverein verurtheilte. Merkwürdig ist, daß man dieses Ereigniß erst aus Amerika erfahren muß.

„Phrasen und hohle Reden“ hat der Kaiser in einer seiner Reden dieser Tage die Agitation der Landbündler genannt. Das Organ des Bundes quittirt über diese Censur in folgender Weise:

„Se. Majestät hat vollkommen Recht. Auch wir haben immer betont, daß gesetzgeberische Arbeiten viel besser im nothwendiger seien, als das Reden von der alleinigen machenden Selbsthilfe u. Das Unerbittliche ist ungewiß ein gutes Stück Agrarreform, aber segensreich und nachhaltig wird es nur wirken, wenn andere gesetzgeberische Maßnahmen den Bauernstand stärken. Wenn der Bauer nichts zu vererben hat, hilft ihm das schönste Anerbengever nicht. Hoffen wir, daß die stille gesetzgeberische Arbeit auch nach dieser Richtung hin kraftvoll einsetze und wirke. Wir werden immer an die Nothwendigkeit solcher Arbeit erinnern. Das gebietet uns unsere Liebe zum deutschen Vaterlande, unser Treue zu Kaiser und Reich.“

So verdreht das Blatt die Meinung des Kaisers in ihr vollständiges Gegentheil, fügt hinzu, daß es auch weiter „an die Nothwendigkeit solcher Arbeit erinnern“ d. h. die Phrasen und hohlen Reden unentwegt fortspinnen werde und schließt dann grazios mit einem Treuschwur für Kaiser und Reich. Eine angenehme Mischung von Loyalität und politischer Feuchtheit läßt sich wohl nicht herstellen.

Seltene Dinge werden aus München berichtet. Die „Münch. Post“ berichtete schon kürzlich, Unteroffizier dortiger Regimenter besuchten die Herbergen, um junge arbeitslose Handwerker zum freiwilligen Eintritt in das Heer zu veranlassen. Ob diese neuzeitlichen Werber bestimmte Handwerker suchten, war dabei nicht gesagt, doch ist die Nachricht nie demontirt worden. Jetzt berichtet das „Bayer. Bild“, es sei in den Münchener Feiertagschulen eine Einladung der Matrosenschule öffentlich verlesen worden, wonach junge Leute, die sich der Marine widmen wollen, sich melden sollen. Anmeldungen, die erfolgten, nahm der Lehrentgegen. Die Lehrverträge mußten dem betreffenden Kommissär eingehändigt werden, erst dann wurden die Lehrherren zur Erklärungsabgabe vorgeladen. Die Feiertags- (Fortbildungs-) Schule wird größtentheils von Lehrlingen besucht. Diese Lehrlinge sollen auch durch die Einladung der Matrosenschule veranlaßt

werden, ihr Lehrverhältnis aufzugeben und der Lehrer bietet dazu noch besonders die Hand. Ob dabei Lockmittel angewendet werden, ist eigentlich gleichgültig, die See lockt jugendliche unerfahrene Gemüther schon ohnehin genug, Enttäuschungen werden hinterher nicht ausbleiben. Jedenfalls aber ist es ein Mißbrauch der Fortbildungsschule, was hier getrieben wird, gegen die man sich auf das Schärffte erklären muß. Die Anwerbung für den Seebienst gehört denn doch nicht zu den Obliegenheiten von Schule und Lehrer, der Lehrer sollte auch seine Autorität nicht dazu benutzen, die Schüler in einen anderen, ihnen fernliegenden Lebensberuf hineinzubringen. Auch die Lehrer haben Ursache, sich über ein derartiges Verfahren energisch zu beschweren.

Der Plan der Anlage eines Kriegshafens in Danzig ist in letzter Zeit wieder lebhaft erörtert worden. „Von hoher militärischer Seite“ wird dem Graubengier „Geselligen“ dazu Folgendes mitgeteilt:

„Seit Jahren haben aus Anlaß des weiteren Ausbaues unserer Küstenverteidigung bereits Erhebungen stattgefunden, in wie weit Bismar zu einer Flottenstation und Danzig zu einem Hauptkriegshafen geeignet seien. Von militärischer Seite ist mit Bezug auf diese Pläne darauf hingewiesen worden, daß zweifellos Pommer die Basis einer Machtentfaltung zur See in der Ostsee bildet, und daß zur Verteidigung des Westrheines der Ostsee hier eine Flottenstation von besserer strategischer Lage als Kiel ist. Diese wäre in dem Wohlensberger Bucht von Bismar eingerichtet mit der Voraussetzung einer Kanonenboots-Station Stettin-Rügen. Dann wäre auch weiter Danzig als Hauptkriegshafen von großer strategischer Bedeutung. Die Höhe ist gut, die Hafenverhältnisse sind befriedigend, nur die Werftanlagen noch nicht ausreichend. Daß nun diese Frage nach der Erhebung von Liban zum russischen Kriegshafen die Landesverteidigung noch in erhöhtem Maße beschäftigt, liegt auf der Hand, ebenso steht aber auch, daß vor Ablauf der nächsten zehn Jahre eine Verwirklichung dieser weit aussehenden Pläne kaum zu erwarten steht.“

Während der Herrscher aller Reußen von Abrüstung träumt, wollen wir Deutschen und selbst die Russen noch Kriegshäfen bauen. Welche Ironie!

Oesterreich-Ungarn.

Wozu doch ein Ausnahmegesetz mitunter gut ist! Da wählen sich die braven Galizier einen Abgeordneten zum Reichsrath, den Herrn Babuda, welcher sich zur Partei Stojalowski bekennt, das ist ihr gutes, verfassungsmäßiges Recht und aus ihm fließt naturgemäß das Recht ihres Erwählten, nach Wien zu gehen und an den Reichsraths-sitzungen hübsch theilzunehmen. Nun aber kommt der Bezirkshauptmann von Biala und dekretirt, daß Herr Babuda auf Grund des galizischen Ausnahmegesetzes seinen Wohnort Jarowice bei einer Strafe von 1000 Gulden oder sechsmonatlicher Haft nicht verlassen dürfe. — Gibt es ein einfacheres Mittel, unbequeme Abgeordnete von der Abstimmung fern zu halten? Der Bezirkshauptmann von Biala wird die neidische Bewunderung aller unserer Reaktionäre erregen.

Frankreich.

Die Dreyfus-Affaire. Der „Siccle“ veröffentlicht in fetten Lettern folgende bestimmte Fragen:

1. Ist es richtig, daß, wie der „Corriere di Napoli“ versichert, gegen Ende des vorigen Jahres der italienische Botschafter, Graf Tornelli, den Minister des Innern, Herrn Hanotaux, davon verständigt hat, daß der Generalstab ein falsches Dokument besitze, das das Schriftstück Henry war?
2. Ist es richtig, daß, wie der „Corriere di Napoli“ versichert, Graf Tornelli in derselben Unterredung bei seiner Ehre als Edelmann und als Botschafter des Königs von Italien geschworen hat, daß sein Militär-Attache nie die geringsten Beziehungen mit dem Hauptmann Dreyfus gehabt hat?
3. Ist es wahr, daß Herr Hanotaux damals sein Ehrenwort gegeben, daß der Generalstab sich dieses Dokumentes nie bedienen würde?
4. Ist es richtig, daß Herr Hanotaux, wie es seine Pflicht war, den Konseilspräsidenten Meline, den Kriegsminister General Villot und den Generalstabschef General de Boisdeffre von diesem Zwischenfalle in Kenntniß gesetzt hat?
5. Ist es richtig, daß Herr Hanotaux in Folge der Gerichtsverhandlung vom 17. Februar, in der General de Pellieu das gefälschte Schriftstück vortrug und dessen absolute Echtheit versicherte, im Ministerrathe vergeblich verlangt hatte, daß die Verfolgungen gegen Herrn Zola eingestellt, General de Boisdeffre abgesetzt und der Dreyfus-Prozess revidirt werden sollten?
6. Ist es richtig, daß diese Zwischenfälle zur Kenntniß des Herrn Cavagnac gebracht wurden?
7. Ist es richtig, daß der Urheber dieser Fälschung jener Demercier Picard ist, der vor einigen Monaten an dem Mangel eines Fensters erhängt gefunden wurde?
8. Ist es richtig, daß der Oberst Henry einen Helfers-Helfer genannt hat?
9. Ist es richtig, daß Herr Rochefort, wie dieser in seinem Blatte versichert hat, von einer hohen militärischen Persönlichkeit die angeblichen Briefe an den und von dem deutschen Kaiser, die aus denselben Fälschungen hervorgegangen sind, mitgeteilt wurden?

Wir warten.“ Die Aufklärungen über die vom „Siccle“ bewegten Punkte wären in der That von um so größerem Interesse, als man annehmen muß, daß sowohl die Offiziere des Generalstabes während des Zolaprozesses als Herr Cavagnac bei der Verlesung der geheimen Dokumente auf der Tribüne der Kammer wissen mußten, daß es sich um eine Fälschung handle.

Der „Siccle“ veröffentlicht eine Note, in welcher erklärt wird, der frühere Minister des Auswärtigen Hanotaux habe niemals die falschen Papiere des sogenannten allergeheimsten Dossiers für echt gehalten. Im Gegentheil, wenn es nur auf Hanotaux angekommen wäre, wären die Fälscher bereits lange entdeckt und bestraft worden. Die französische Regierung sei in keiner Hinsicht in alle diese Fälscher-Affairen verwickelt. Kein Ministerium habe diese Fälschungen gekauft. Die falschen Papiere seien aus dem Informations-Bureau des Generalstabes, wo sie gekauft oder fabrizirt worden seien, niemals herausgekommen. — Diese Erklärung scheint von Hanotaux selber auszugehen und entzieht dem ganzen Kriegsgeheil der Esterhazy-Presse den Boden.

Zur Dreyfus-Affaire. Hanotaux, Melines Minister des Auswärtigen, läßt offiziell erklären, daß thatsächlich Briefe von Kaiser Wilhelm gefälscht worden seien, um gewisse hochstehende Persönlichkeiten, die von der Unschuld Dreyfus' überzeugt waren, von der Revision des Prozesses abzuschrecken. Die Zeitung „Tri de Paris“ bringt die Enthüllung, daß die gefälschten Briefe des deutschen Kaisers keine Photographie oder sonstiges Facsimile seien, sondern einfach Abschriften, die angeblich angefertigt worden seien, weil das Informations-Bureau des Generalstabes sie nur während einer Nacht zur Verfügung hatte.

Esterhazy geflohen. Der „Adln. Btg.“ schreibt man aus Paris: Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß man Esterhazy hat entweichen lassen. Schon am Donnerstag hat sich ein Reporter des „Siccle“ durch ein eben nicht lauterer Mittel die Gewißheit verschafft, daß Esterhazy nicht mehr in Paris weilte. Der Mann verkleidete sich als Hülf-Briefträger und überbrachte als solcher Esterhazy einen Werthbrief, der auf 2500 Francs lautete. Man sagte diesem Briefträger, der die persönliche Unterschrift Esterhazys forderte, er solle wegen der Unterschrift wiederkommen. Als der Reporter sich wieder einfand, traf er Niemand in der Wohnung vor. Wäre Esterhazy in Paris, so schließt mit Recht der Reporter, so hätte er sich die 2500 Francs nicht entgehen lassen. Vielleicht wird die nächste Ueber-raschung, wenn man überhaupt noch von Ueberraschungen reden kann, die Nachricht sein, daß auch Path du Clam nicht zu finden ist.

Paris. Eine offiziöse Note der „Agence Havas“ besagt: Der Kriegsminister Burlinden hat dem Justizminister die Akten in der Dreyfus-Angelegenheit mit seiner Motivierung und definitiven Ansicht übergeben. Der Ministerath wird heute, Montag, definitiv über die zu treffende Entscheidung beschließen.

Amerika.

Ein neuer Krieg in der neuen Welt steht in Aussicht, während die alte Welt sich am zarischen Friedens-aufbruch erfreut. Wie dem italienischen Blatte „Secolo“ aus Buenos Ayres gemeldet wird, hat sich die Spannung zwischen Argentinien und Chile in letzter Zeit derart verschärft, daß die Hoffnung auf eine gütliche Beilegung des Streites fast vollständig geschwunden ist. Argentinien betreibt daher fieberhaft seine Seerüstungen.

China.

Li-hung-tschang sollte nach einer vor einigen Tagen eingelaufenen Nachricht abgesetzt sein. Das würde eine Schlappe Rußlands sein, das in diesem chinesischen Staatsmann neuerdings seine Hauptstütze in der Regierung hatte. Die Nachricht scheint verfrüht gewesen zu sein. Den „Times“ wird aus Peking vom 9. September gemeldet, Li-hung-tschang sei noch in seiner Stellung als stellvertretender Großsekretär, doch werde er wahrscheinlich, um seiner Entlassung zuvorzukommen, seinen Abschied nehmen. Li-hung-tschang habe das Tsungli-Yamen über die wahre Natur des Vertrags, betreffend die Luhom-Bahn, getäuscht. Man wisse noch nicht, ob Rußland sich bei der Entlassung Li-hung-tschangs beruhigen werde. Man nimmt aber an, daß es ihn, nachdem es seinem Zwecke gedient habe, fallen lassen werde. Sein Nachfolger im Tsungli-Yamen werde der Wandschu Yu-Lu sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

12. September.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Der Zugug von Bäckern nach Hamburg und Christiania ist fernzuhalten.

Verband deutscher Bäcker. Zahlstelle Lübeck.

F. A.:

R. Hermann.

Sie ziehen. Die Czechen und Italiener verlassen Lübeck. Erstere fanden sich am Sonnabend wieder im Vereinshaufe ein und waren sehr aufgeregt. Was sie eigentlich wünschten, haben wir nicht erfahren. Die Italiener, welche eine regelrecht organisierte Arbeitswilligenkolonne darstellen, sollen angeblich nach Flensburg und Neumünster, wo gestreikt wird, exportirt werden. Das würde einen Beweis für die Unrichtigkeit der Meldungen bürgerlicher Blätter bilden, daß an genannten Orten der Streik „für die Arbeitgeber beendet“ sei. Die ausländische Herrlichkeit ist von sehr kurzer Dauer gewesen. Aber den Lübecker Meistern haben sie wenigstens „kostbare“ Dienste geleistet.

„Treue“ Arbeiter sind bekanntlich die in Streitzeiten auftauchenden arbeitswilligen Verächter der Solidarität, und doppelt werden sie gepriesen, wenn sie ihre „Treue“ dadurch die letzte Weihe verleihen, daß sie in die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigenden Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine eintreten. Wahre Musterknaben sind es, wenn man ihren journalistischen Lobhüblern Heißes kaltes glauben darf. Was Geistes Kinder sie jedoch vielfach sind, mußten dieser Tage zu ihrem Leidwesen die Besitzer einer durch den vorjährigen Streik in weiten Kreisen bekannt gewordenen Holzbearbeitungsfabrik erfahren. Diese hatten sich außer anderen, längst wieder von der Bildfläche verdufteten Ehrenmännern auch einen gewissen Drechslermeister als Retter in der Noth herangeholt und glaubten jedenfalls einen guten Griff gethan zu haben; denn während die übrigen Arbeitswilligen fast sämmtlich nach kürzerer oder

längerer Frist den Retterlohn in der üblichen Form erhielten, weilte genannter Herr, nebenbei ein eifriger Holz-hirsch, noch bis vor einigen Tagen in der Fabrik. Da erstellte auch ihn sein Schicksal in Gestalt des Hauptpastes. Borschnaubend entfernte sich der Edle, jedenfalls ganz beklagt darüber, daß ein Unentbehrlicher so plötzlich entbehrlich werden konnte. Vormittags ging er, und Nachmittags schon erschienen die Spizen der Polizeibehörde, um die ganze Fabrik, veranlaßt durch eine von dem Entlassenen erstattete Anzeige, zu revidiren. Er hatte die schwersten Anschuldigungen erhoben. Es wurden auch einige Mängel entdeckt, die jedoch, wie man uns mittheilt, recht unwesentlicher Natur waren und von den Arbeitern kaum als solche empfunden wurden. Unangenehm jedoch dürfte es den Besitzern sein, daß sich bei dieser Gelegenheit herausstellte, daß ohne baupolizeiliche Genehmigung auf dem Grundstück ein Kontor errichtet war. — Das war des „Treuen“ Rache. Die Arbeitgeber mögen daraus wieder einmal ersehen, daß es jedenfalls praktischer ist, nach gütlicher Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen etwaige Mißstände in ihren Betrieben zu beseitigen, als die Racheakte geschätzter Nothknechte abzuwarten, daß es besser ist, mit organisierten, klaffenbewußten Arbeitern Hand in Hand zu arbeiten, als sich auf die zweifelhafte Hilfe von Leuten zu verlassen, die, jedes Solidaritätsgefühl bar, in ersten Zeiten ihren Kollegen in den Rücken fallen. Disciti, moniti!

Leistenbruch und Unfallrente. Offiziell wird geschrieben: Das gerade in Arbeiterkreisen häufiger zu beobachtenden Auftreten von Leistenbrüchen verleiht der Unfall-Entschädigungspflicht bei Leistenbrüchen ein grundsätzliches Interesse. Die Beantwortung der Frage, ob das Auftreten eines Leistenbruchs einen Unfall im Sinne des Gesetzes bildet, läge verhältnismäßig einfach, wenn die weitverbreitete Annahme zutreffend wäre, wonach der Vorgang, bei dem der Bruch zuerst sichtbar und fühlbar wird, mit der eigentlichen Ursache seiner Entstehung identisch sei. Denn damit wäre dann auch zugleich der Anhalt für die Entscheidung der Frage gegeben, ob in dem jeweiligen konkreten Fall der Leistenbruch auf eine in der Arbeitstätigkeit des betreffenden gelegene Ursache zurückzuführen ist oder nicht. Man legt die Sache aber keineswegs so einfach. Vielmehr entwickeln sich Leistenbrüche erfahrungsgemäß in der Regel allmählich. Die Anlage zur Bruchbildung beruht auf einem organischen Fehler des Leistenkanals, die Bruchbildung selbst aber erfolgt im Laufe der Zeit unter den Wirkungen der kleineren und größeren Anstrengungen innerhalb und außerhalb des Berufslebens. Die Fälle, in denen Brüche plötzlich, durch eine gewaltsame Dehnung oder Weiterung des Leistenkanals, entstehen, sind selten, sobald es für die Behauptung, daß ein Ausnahmefall dieser Art vorliege, stets eines besonderen Beweises bedarf. In einem Spezialfalle, wo dem mit einem Leistenbrüche behafteten Kläger durch Urtheil des Schiedsgerichts die Gewährung einer Rente seitens der Gewerkschaft zugesprochen wurde, suchte letztere mit Erfolg dieses Erkenntnis in der Rekursinstanz des Reichs-Versicherungsamts an, indem dieses, von den oben dargelegten Erwägungen ausgehend, den Beweis für das plötzliche Entstehen des Bruches als Folge einer ungewöhnlich anstrengenden Arbeitsleistung nicht für erbracht, daher den Anspruch auf Unfallentschädigung für unberechtigt erachtete.

Gestorben ist, wie die „V. A.“ mittheilen, der Staatsarchivar a. D. Dr. Wehrmann.

Landverpachtung. Montag den 19. September, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, sollen im Saale der Allgemeinen Armenanstalt, Sankt Annenstraße 3, folgende in der Vorstadt St. Jürgen belegene Ländereien zur Verpachtung aufgegeben werden: 1. Die Parzellen Nr. 117a, 117b, 117c und 117d in der Haideköpffel. 2. Die Parzellen Nr. 1, 2, 3 und 4 auf dem großen Goldberg. 3. Die Parzellen Nr. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 auf dem Vogelhang. Die Pachtbauer beträgt für die Parzellen Nr. 117a, 117b, 117c und 117d 11 Jahre. Die Pachtbedingungen und Karten sind von heute an im Bureau der Allgemeinen Armenanstalt, Sankt Annenstraße 1, einzusehen.

Nordlicht. Freitag Abend von 9 bis 11 Uhr zeigte sich am nordwestlichen Himmel, fast ein Drittel des gesamten Horizontes umspannend, ein Nordlicht von einer Dichtstärke, wie sie seit langen Jahren nicht betrachtet ward. Der große Lichtbogen verwandelte sich mehrfach in eine strahlende Draperie, gebildet aus zahllosen vertikalen Lichtstrichen. Dann wieder schossen große Strahlenbündel in Roth, Grün und Weiß bis zum Zenith empor, welche die täuschendste Ähnlichkeit mit den Lichtgelein gewaltiger Scheiterwerfer aufwiesen. Gegen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr wich der Riesenhogen gegen Nordwest zurück, um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr waren nur noch einzelne schwach leuchtende Wollen zu erblicken. Da der magnetische Nordpol der Erde meistens das Centrum der größeren Nordlichter einnimmt, so muß das Phänomen fast auf der ganzen Nordhemisphäre der Erde zu sehen gewesen sein.

Entin. Eine Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter wird hier, nachdem die Vorarbeiten getroffen sind, in nächster Zeit in's Leben treten. Es haben sich eine ganze Anzahl Arbeiter zum Beitritt gemeldet.

Entin. Achtung, Maurer! Bei dem Maurermeister D. Harns haben 9 Kollegen am Sonnabend die Arbeit eingestellt. Näherer Bericht morgen. Zugug ist fernzuhalten.

Schönberg. Ein Bopf weniger. Nach einer Bekanntmachung werden die Umfahrten im Fürstenthum Radeburg mit diesem Herbst aufhören. Solche wurden zur Einholung der Opfer durch den Geistlichen und Küster vorgenommen, und die Gemeinden waren gehalten, Fuhrwerk zu stellen und für eine gute Bewirthung zu sorgen.

Altona. Er liebte sie, sie liebte ihn, da thaten sie von dannen zieh'n. Der Knecht M. hatte sich in einem Nachbarorte in die 19 Jahre alte stramme Tochter eines Schuhmachers verliebt. Seine Liebe wurde von ihr erwidert und Beide beschloßen ein Ehepaar zu werden. Der Vater des Mädchens wollte davon aber nichts wissen. Da war eines Tages die junge Maid mit ihrem Herzallerliebsten nach dessen Heimath verschwunden. Das Paar wurde bald ermittelt und das Mädchen der väterlichen Obhut wieder zugeführt. Der Knecht M. wurde hierauf angeklagt, daß er das Mädchen entführt habe und heute fand die Verhandlung vor der Ferienstrafkammer I des Landgerichts unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte erklärte,

das Mädchen, welches ihn liebt und das er heirathen wolle, habe er nicht zum Mitgehen verleitet; es sei freiwillig mitgegangen und habe er sich dabei nichts Böses gedacht. Da das Mädchen seine Aufgabe für vollständig richtig erklärte, wurde er kostenlos freigesprochen.

Reudenburg. Kollision. Das Motorboot „Drems“ ist von dem Dampfer „Castor“ bei Behmbeck überfahren. Die Mannschaft wurde von dem Kanalbau-Inspektor Althoff mit eigener Lebensgefahr gerettet.

Glensburg. Achtung Seeleute! Differenzen sind mit den hiesigen Rhebern ausgebrochen, weshalb Zug strengstens fernzuhalten ist.

Glensburg. Ein ungetreuer Rechtsanwalt und Notar. Wie bereits gemeldet, wurde von der Verlenstrafkammer I der vormalige Rechtsanwalt und

Notar Christian Arp in Apenrade zu 4 Jahren Gefängnis verurtheilt. Arp, der Sohn eines Kaufmannes in Kiel, ist unverheirathet und war in den letzten 3 Jahren in Apenrade als Rechtsanwalt thätig, vom 21. April 1896 auch als Notar. Es erregte gewaltiges Aufsehen, als Arp im Frühjahr plötzlich verschwand, dann schriftlich verfolgt wurde und sich freiwillig der Polizeibehörde in Hamburg stellte. In seiner Eigenschaft als Notar bekam Arp von der Preussischen Boden-Kredit-Vereinsgesellschaft 10 000 Mk., die als Protokollat für den Gastwirth Thomsen in Snorum sicher gestellt werden sollte. Arp verbrauchte diese Summe in rechtswidriger Absicht für sich selbst und die Folge für Thomsen war, daß er in Konkurs gerieth. In gleicher Weise verfuhr Angeklagter mit mehreren anderen Summen. Nachdem

Arp flüchtig geworden, wurde über sein Vermögen Konkurs erkannt. Die Passivmasse stellte sich auf 21 187,84 Mk., die Aktivmasse auf etwa 1600 Mk.; für die Gläubiger kommen etwa 1 1/2 pSt. heraus. Der Staatsanwalt hatte neben 4 Jahren Gefängnis auch 5 Jahre Ehrverlust beantragt. Der Gerichtshof sah jedoch davon ab, weil dann die Zukunft des Angeklagten nur noch mehr erschwert würde.

Sternschau-Biehmarkt.

Hamburg, 10. September

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1036 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 58—59 Mk., leichte 56—59 Mk., Sauen 50—54 Mk. und Ferkel 56—58 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Henny Stolle
Wilh. Möller**

Verlobte.

Wilhelmshöhe bei Lübeck.

Verlobte.

**Wilhelm Schröder
Wilhelmine Graack**

Lübeck, den 11. September 1898.

Unsern lieben Freunde **Johs. Fein** nebst Gemahlin die besten Glückwünsche zum heutigen Tage. Mehrere Freunde.

Zu vermieten ein Logis

(eine Stube) für zwei junge Leute
An der Mauer 47, bei der Weberstraße.

Logis für zwei Mann

Glodengießstraße 16.

Unterhaus mit Laden und Keller

zum 1. Oktober zu vermieten
Stabenstraße 25.

Besucht sofort ein kräft. Laufmädchen

bei einem Kinde
Schwarzenauer Allee 33.

Besucht sofort ein Arbeitsbursche

A. Laakmann, Lindenstraße 28.

Ein Haus mit kleineren Wohnungen

zu kaufen gesucht. Offerten unter **WH** an die Expedition b. Bl.

Eine fast neue Kinderbadewanne

billig zu verkaufen
Begeaufstraße 7.

Abhanden gekommen ein Spazierstock

am Sonntag Abend bei Stehr in der Wallstraße
Abzugeben bei Stehr.

Zu verkaufen wegzugshalber ein Divan und

4 Sessel, rotthbraun, modern,
für 70 Mk. Gute Gelegenheit für Brautleute.
Näheres Fischergrube 51.

Feinste französische Eiertartoffeln

10 Liter 50 Pfg., empfiehlt

H. Bannow, J. J. Maass Nachflg.

Tünkenhagen 32.



Ihren reinigen . 1,50,
Jedern einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Dual. 0,80.

Aug. Büttner,

Uhrmacher,
Högstraße 82.

Soeben sind die ersten beiden Ladungen
gelbkochende Magnum bonum
sowie **feinste französische**
Eiertartoffeln

eingetroffen und empfehle ich dieselben zu aller
billigsten Preisen.

August Jensen

Hertengrube 21. Fernsprecher 817.

Blüthen-Honig Pfd. 60 Pfg.

Präpar. Honig Pfd. 50 Pfg.

empfeht

Wilh. Bandholtz

Högstraße 92.

Kronsbeeren

täglich frisch empfiehlt

Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Bürgerl. Mittagstisch

à 50 Pfg. empfiehlt

A. Bink, Untertrave 77.

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24, I.

Großer Mittagstisch von 11¹/₂—2 Uhr.

Kartell-

Versammlung

am Mittwoch den 14. September

Abends 8¹/₂ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

Erledigung eingegangener Sachen.

Das Erscheinen sämtlicher Delegirten ist not-

wendig.

Mit den Auszugarten ist unbedingt am Mitt-

woch Abend abzunehmen.

Die Kartell-Kommission.

Soeben ist erschienen:

Joseph Kürschner

Der neue Reichstag

von 1898—1903.

Jeder will wissen: Wer ist der Mann dieses oder jenes Wahlkreises, wie ist der Lebens- und Entwicklungsgang, wie die Prognose des neuen Abgeordneten? Alles dieses wird in diesem kleinen in Buchform erschienenen Werke beantwortet, welches zum Preise von 50 Pfg. zu beziehen ist durch die

die Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Scherm's Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungs-(Straßen-)Karten und über 2000 Reisetouren.

Gebunden ganz in Leinen 1,50 Mk.

Zu beziehen durch

die Expedition des „Lübecker Volksbote“.

Special-Haus für

alle Arten Arbeiter-Garderoben.

Carl Herm. Mich. Stave. Begründet 1821.

Weiter Krumbuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.

Filiale: Huxterdamm 4.

Als schöne Zimmerzierde

ist den Parteigenossen zu empfehlen:

Brustbild von Ferd. Lassalle.

Natürliche Größe, Delbru. Preis 1 Mk.

Brustbild von Karl Marx.

Natürliche Größe, Delbru. Preis 1 Mk.

Expedition des Lübecker Volksboten.

Johannisstraße 50.

Im Verlage von J. Sassenbach, Berlin, ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Industriestaat und die arbeitenden Klassen.

Preis 15 Pfg.

Von **Erich Rother.**

Preis 15 Pfg.

Woran krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung?

Preis 15 Pfg.

Von **Bruno Pörsch.**

Preis 15 Pfg.

und viele andere von hervorragenden Socialisten verfaßten Schriften.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Öffentl. socialdemokratische Partei-Versammlung

am Donnerstag den 15. September

Abends 8¹/₂ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Parteitag der beiden Mecklenburg und Lübeck. Referent: Th. Schwarz.
2. Stellungnahme zum Stuttgarter Parteitag ev. Wahl eines Delegirten zu demselben.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Holzarbeiter-Verband.

Am Dienstag den 13. Septbr.,

Abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Zwangs-Zunungen. Referent: Gen. Kasch.
2. Stellungnahme zu dem Arbeitsnachweis der Zunungen des Baugewerbes.
3. Bericht der Lohnkommission.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Anbril „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. —

Verleger: Th. Sch. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Der Kampf gegen die Arbeiter-Organisation.

Am 5. d. M. hat, wie schon kurz berichtet, in Leipzig die vom Arbeitgeberverband Hamburg-Altona veranstaltete Konferenz für Organisation des Arbeitsnachweises stattgefunden. Diefelbe gestaltete sich nach dem Bericht der „Röln. Btg.“ zu einer nachdruckvollen Kundgebung für den von dem genannten Verband vertretenen und in langen Kämpfen mit der dortigen Sozialdemokratie behaupteten Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis naturgemäß Sache der Unternehmer sei und daß diese ihn sich nicht aus der Hand nehmen lassen dürfen, weder durch die arbeitertgewerkschaftlichen, noch durch die sozialdemokratischen, noch durch die sogenannten gemeinnützigen Veranstaltungen.

Ueber die Beteiligte wird berichtet: Vertreten waren gegen 80 wirtschaftliche Vereinigungen, meist Fachvereine, darunter der große Verband der deutschen Metallindustriellen, der Bund der Industriellen, der Verband der Saarindustrie und der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln. Aus Rheinland-Westfalen hatten noch die Handelskammern Essen und Dortmund Teilnehmer zur Versammlung entsandt. Auch Süddeutschland war angemessen vertreten. Den Vorsitz führte Wendt-Hamburg, Berichterstatter waren die Herren Dr. D. Martens und S. Thielkow aus Hamburg, Hauptmann a. D. Kleffel und L. Rasse aus Berlin.

Die vorliegenden Berichte über den Verlauf der Konferenz sind ziemlich knapp gehalten, doch lassen sie zur Genüge erkennen, daß die Herren Vertreter der kapitalistischen Interessen und Anmaßungen die „Verdienste“ des Hamburger Arbeitgeberverbandes um rückichtslose Bekämpfung der Arbeiterorganisation gebührend zu würdigen wußten.

Die Leistungen dieses Verbandes, besonders seit dem großen Hafnarbeiter-Streit, dürften unseren Lesern so ziemlich bekannt sein und wenn sie ihnen nicht bekannt sind, so weiß doch jeder, daß der Lübecker Arbeitgeberverband lediglich der getreue Abklatsch des Hamburger ist. Die Leistungen des Arbeitsnachweises in der Fischergrube aber sind sattsam bekannt. Die Tendenzen dieser Verbände sind nicht etwa darauf gerichtet, eine ehrliche und gerechte Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, sondern lediglich darauf, die Arbeiter der Willkür eines Arbeitsherrenthums zu unterwerfen, ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung aufzuheben, ihre Organisation und Koalition zu unterdrücken und so ihnen das erfolgreiche Streben nach günstigeren Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. Nicht um eine „Rechtsfrage“, auch nicht um eine „Frage der sittlichen Ordnung“, wie die Herren unter Aufwand eines hohen Maßes von Unwahrscheinlichkeit glauben machen möchten, handelt es sich für sie, sondern lediglich um die Anmaßung einer Macht, die ihre Begründung nicht in sittlichen Motiven, nicht in der einzig und allein

bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung, sondern in der wirtschaftlichen Stellung des Unternehmertums, in seinem Profitinteresse, im ganzen System der kapitalistischen Ausbeutung findet.

„Wer soll Herr im Hause sein?“ In diese Frage hat die organisierte Unternehmerschaft ihr gegen die Arbeiter gerichtetes Kampfprogramm zusammengefaßt und ihr die durchaus falsche Deutung gegeben, daß die Arbeiter bestrebt seien, sich „zu Herren über die Arbeitgeber zu machen“. In Wahrheit liegt die Sache so, daß die Arbeitgeber eine allen Gerechtigkeitsbegriffen und der rechtlichen Stellung der Arbeiter spöchrende Herrschaft über diejenigen beanspruchen, die sie „ihre“ Arbeiter nennen. Die Arbeiter hingegen verlangen nichts mehr, als daß sie, einzeln sowohl wie koalitiert, als gleichberechtigter Wirtschaftsfaktor anerkannt und behandelt werden; sie wollen nicht Arbeitsbedingungen sich aufoktroiren lassen, sondern dieselben von ehrlicher Verständigung und Vereinbarung abhängig gemacht wissen. Dieses Verlangen erkennen die Unternehmer nicht an. Und um ihr ungerechtes Vorgehen gegen die Arbeiterorganisation zu bemänteln, haben sie die dumme und frivole Unwahrheit erfunden, daß die Bekämpfung der organisierten und koalitierten Arbeiterschaft gleichbedeutend sei mit der „Bekämpfung der umstürzlerischen Sozialdemokratie“. Mit welchem „Erfolg“ sie diese Bekämpfung in Hamburg-Altona und Lübeck betrieben haben, lehrt der Ausfall der letzten Reichstagswahlen.

Derselbe Humber Charakteristikt auch die Leipziger Konferenz. Es ist da behauptet worden, der Arbeitsnachweis sei das „natürliche Recht der Arbeitgeber“ (!!!); wenn er in deren Händen sei, werde er „einen erzieherischen Einfluß auf die Arbeiter ausüben“ (!!!), auch den kleinen Arbeitgeber „gegen unbillige Anforderungen der Arbeiter schützen“ und ein vorzügliches Mittel sein, das Aufkommen der Sozialdemokratie zu verhindern, bezw. deren Einfluß zu schwächen!!! Einer der Redner erklärte rund heraus, es handle sich „in der jetzigen Bewegung hauptsächlich darum, den großen Städten einen Rückhalt zu verleihen in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie“!

Also ein „ordnungspolitisches“ Kampfmittel sollen die Arbeitsnachweise der Unternehmer sein, genau so, wie es deren Organisationen — Innungen, Verbände zc. — ja überhaupt sind. Das ist ja längst kein Geheimnis mehr, oder war noch nie ein Geheimnis, daß jegliche Unternehmerkoalition sowohl die wirtschaftlichen und sozialen, wie gegen die politischen Interessen, Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse gerichtet ist.

Es ist auf der Konferenz auch die verblüffende „Weisheit“ geäußert worden, die Beteiligung der Arbeiter am Arbeitsnachweis würde die „Quelle unsäglicher Kämpfe“ werden. Aber glauben die „Klugen“;

„einsichtsvollen“ Herren denn wirklich, daß ihre Unverschämtheit, den Arbeitsnachweis als ihr „natürliches Recht“ in Anspruch zu nehmen, Kämpfe verhüten wird? Die Erfahrung sollte sie bereits eines Anderen belehrt haben.

Die definitive Kundgebung der Konferenz lautet in der von dem in der Arbeiterkassette schlamm berufenen Generalsekretär Bueck vorgelegten Fassung:

„Die Versammlung spricht die Ueberzeugung aus, daß im Interesse des Groß- und Kleingewerbes der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern zu organisieren und zu handhaben ist.“

Demgegenüber wird die organisierte Arbeiterschaft mit größter Entschiedenheit der Parole folgen: Auf zum Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Unternehmer und die Unternehmer-Koalition überhaupt!

Der Ausgang des Kampfes wird sein, daß der Arbeitsnachweis öffentlich-rechtlich geregelt wird unter gebührender Berücksichtigung der selbstständigen Arbeiter-Organisation. Bis dahin werden die Unternehmer die Wirkungen ihres brutalen Pöbels ihr angemessenes sog. „natürliches Recht“ der willkürlichen Beherrschung des Arbeitsangebotes noch oft genug schwer zu empfinden haben. Darauf dürfen sie sich verlassen, daß etliche Millionen aufgekärter, energischer, kampfbereit und opferfreudiger Arbeiter mit sich nicht Schundluden spielen lassen!

Die ultramontane „Rölnische Volks-Zeitung“ widmet diesem brutalen Unternehmer-Wahnsinn folgende Kritik:

„Das soll nun auch wieder ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein! Das grade Gegenteil ist der Fall. Derartige Beschlüsse sind Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie, welche darauf hinweisen kann, daß die großen Arbeitgeber, welche den in Leipzig vertretenen Verbänden angehören, sich mehr und mehr gegen die Arbeiter abschließen, von einer Fällung mit denselben nichts wissen möchten. Daraus ergeben sich für die Sozialdemokratie die wirksamsten Argumente für die Aufforderung der Arbeiter zum Klassenkampf.“

„Einsichtige Sozialpolitiker können dagegen nur wünschen, daß auf einem Gebiete wie dem Arbeitsnachweise Arbeitgeber und Arbeiter zusammenwirken. Der Arbeitsnachweis geht ja auch den Arbeiter nicht weniger an als den Arbeitgeber. Nur mit Köpfschütteln kann man Sätze lesen wie den: „Der Arbeitsnachweis ist das natürliche Recht des Arbeitgebers, der die Arbeit schafft.“ Es ist auch nicht wahr, daß die Beteiligung der Arbeiter am Arbeitsnachweis die Quelle unsäglicher Kämpfe werden muß. Die Erfahrung an manchen Orten, wo ein kommunaler Arbeitsnachweis unter Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitern besteht, beweist das Gegenteil. Der Leipziger Beschluß stellt sich unter diesen Umständen als ein gänzlich verfehlter, verhängnisvoller dar. Das Echo, welches derselbe in der Arbeiterwelt, und zwar keineswegs lediglich in der sozialdemokratischen, finden wird, dürfte das bald beweisen.“

Verbandsstag der Tabakarbeiter.

Am Sonntag Abend, den 5. September, wurde in Offenbach der Verbandsstag der Tabakarbeiter eröffnet.

dem Ersticken kämpfend unter der riesigen Faust des Glenden, vermochte nur ein krächzend Gestöhne hervorzu- bringen, und sich mit der Gewalt der Todesangst an den Fußboden und die Kniee des Mörders anzuklammern, so daß dieser, einige Schritte vom Tische entfernt, und den Hals seines Opfers, — um es stumm zu machen, — nicht lassend, nicht von der Stelle konnte, und von dem Reifenberg schäumend den Dolch verlangte.

Dieser weigerte sich dessen, und behauptete, der Junge müsse zuvor reden, und — müßte er sterben — zuvor auf alle Fälle noch beten dürfen. Reuenberg widersprach dieser Regung von menschlichem Gefühl; Hornberg dagegen, obgleich der Wildeste unter Seinesgleichen, sprang auf des Reifenbergers Seite, und begehrte von Jodick, er solle den Buben loslassen.

„Gott soll mich strafen an Leib und Seele!“ rief da der Jude verneinte; „ich haue dir die Faust vom Kumpfe, wenn du nicht deine Krallen von dem Buben lässest. Dir aber, Bube, befehl' ich, alles Geheul und Wehklagen von bannen zu lassen, und fein leise und still mir zu sagen, wie du hieher gekommen. Beim ersten Schrei fährt dir mein Stahl in die Gurgel!“

Jodick ließ zitternd vor Wuth und Grimm dem Buben ein wenig Luft, und der Arme schleppte sich dumpfwin- mernd zu den Füßen des Hornbergers, obgleich ihn Jodick noch immer fest hielt, wie ein Fanglein die angeschossene Beute. Reifenberg suchte indessen den von Reuenberg zu begünstigen. Auf Befragen des Hornbergers berichtete der Knabe schluchzend: er sei Brändlings Vetter Heinrich von ihm an Sohnesstatt aufgenommen, und zur Rüsterei bestimmt. Er sei verwichene Nacht als Aufwärter bei einem Wenderschmause gewesen, und um zum Tode heim- gekommen. Nach dem Mittagbisch habe er noch seine Hausarbeit verrichtet, sei dann in diese Stube geschlüpft, und auf der Ofenbank eingeschlafen, auf welcher er vor- einigen Augenblicken erst erwacht. Er betheuerte, von dem Gespräch der Herren nicht das Geringste vernommen zu haben, und bat um Vergebung und um sein Leben.

„Der Bube lügt wie ein Scheiter!“ rief Jodick da

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von E. Spindler.

(187. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Gold, Gold und Mord! hieß der Wahlspruch und nach all diesem Brand und Verwüstung. Reifenberg übernahm es, den Stadthauptmann von Dudenhofen im Bette zu erschlagen und somit den Arm aller Söldner des Rathes zu lähmen. Jodick versprach, die Geldvorräthe der ersten Wechselläden aufzuräumen. Reuenberg gelobte der niederländischen Kaufleute Niederlagen zu plündern und hinwegzuschaffen und Feuer in alle Holz- hütten zu werfen. Der Hornberger vermaß sich hoch und theuer, das Gewandhaus abzubrennen, die Gewölbe der Goldschmiede auf sich zu nehmen und der reichen Stifter nicht zu schonen. Alle Gefängnisse sollten aufgesprengt, alle Messgauner zur Theilnahme aufgefordert, der Pöbel, ihn zu gewinnen, in den Weinkellern der Reichen berauscht werden. Die Schiffe am Mainufer sollten gelappt, einige von ihnen mit dem Raube beladen und also gen Mainz gesteuert werden. Und endlich, nachdem, wie zu hoffen stand, vom Dunkel der Nacht, wie von der schlaftrunkenen Dummheit der zum Verderben Bestimmten begünstigt, das Werk unter Flammen, Blut und Mordgeheul zu seiner schönsten Blüthe erwachsen, — dann wollten die Ver- schwoeren die Brückenthere mit Gewalt eröffnen und die Fremdlinge, das räuberische Volk herüberrufen zum Rehr- aus; während dessen sich auf dem Ströme von Kanen treiben lassen und auf irgend einem befreundeten Raubneft des Rheinhals die kühn errungne Beute theilen.

Nachdem Jodick also gesprochen, konnten ihm die andern ihren Beifall nicht versagen und der Hornberger staunte nur, daß der Gedanke zu solchem Geldentwert in eines Jodicks Hirn entspringen konnte, früher als in dem feinigsten und seiner Gefährten.

der Friedrich ist ein anderer Bursche geworden, denn zuvor. Ein schlechter Beutel- und Rehlabschneider war er, ein kühner Waghals ist er geworden. Der heilige Geist hat ihn wundersam in der Taufe überschattet und mich freut's, Ihr, Herren, daß ich bei dem Kindlein Gevatter stand.“

„Mehr freut mich's,“ sprach der Reuenberger, „daß endlich der Augenblick der Rache vor der Thüre ist; Pest und rother Hahn! Jetzt ist die Reihe an mir, Euch zu vergelten, ihr Frankfurter Wägte. Die Frösche nieder- mekeln, Wallraden und Margarethen zeichnen, daß sie meiner gedenken, — ha! welche Lust. Und das Eine, Ihr Brüder und Freunde, das Eine müßt Ihr mir ver- sprechen: schenkt keinem, der aus Frankfurt ist, aus der verdammten Stadt, das Leben. Stoßt jeden nieder, der Euch in den Wurf kommt. Kind, Jüngling, Greis, Mann und Weib, schont ihrer nicht, der verfluchten Brut!“

„Ei, so sollen mich tausend Teufel zerreißen, ehe ich etwas anders thue, als Du begehrst,“ fluchte der Horn- berger mit seinem entsetzlichen Kampfgesichte. „Und mich,“ fügte der Reifenberg, — „und mich,“ setzte Jodick langsam hinzu; — „Amen,“ sprach der Reuenberg und da gerade die Biere nach den Kannen griffen, um sich zuzutrinken, schlug ein tiefer Seufzer an ihr Ohr. Wild fuhren sie in die Höhe, der Eine nach der Thüre, der Andre nach dem vergitterten Fenster. Jodick jedoch hatte das geübteste Gehör und suchte hinter dem Racheisen nach dem verborgenen Zeugen ihres Gesprächs. Ein Knabe von zwölf bis dreizehn Jahren lag dort auf der Ofenbank und hatte sich furchtsam zusammengekauert, da Jodick mit allen Zeichen der Ueberrschung und der Wuth an ihn herantrat.

„Verflucht seien die Brüste, die Dich säugten, nieder- trächtiger Göi,“ sprudelte der Jude und spie dem Knaben seinen Geifer in's Angesicht: „Für Dein Ohr muß zahlen Dein Hals!“

Mit ledernem Schlächtergriff packte er den armen Jungen bei der Kehle und zerrte ihn aus dem Winkel nach dem Tische, auf welchem sein Messer lag. Der Knabe, mit

Zur Erledigung gelangten in dieser Sitzung nur geschäftliche Angelegenheiten. Zu Vorsitzenden wurden Dechant Berlin und Borath Bremen gewählt; dazu acht Schriftführer. Weiter werden die Kommissionen gewählt und sonstige Formalitäten erledigt.

In der Montag Vormittag abgehaltenen Sitzung wurde zunächst die Geschäftsordnung festgesetzt. Der Vereinsvorstand, Junge Bremen, ergänzte sodann den Geschäftsbericht des Vorstandes, welcher gedruckt vorliegt. Nach dem gedruckten Bericht wurden in der Zeit vom 1. Januar 1896 bis zum 31. Dezember 1897 vereinigt 888 648,28 M. und verausgabt 376 449,30 M. Das Vermögen des Vereins beträgt 19 878,20 M. Junge konstatiert noch, daß die Plackereien der Polizei etwas nachgelassen haben, daß aber neuerdings der Versuch gemacht werde, den Verein zu einem politischen zu stampeln. Dagegen habe man den Rechtsweg beschritten, der bisher noch nicht zum gewünschten Resultat geführt habe. In einer jetzt anhängigen Klage hoffe man die Frage zu einer prinzipiellen Entscheidung zu bringen. Ein wunder Punkt sei die Streikfrage. Es müsse verhindert werden, daß Streiks proklamiert würden, ohne daß der Vorstand geprüft habe, ob derselbe auch gerechtfertigt gewesen. Der Hauptkassirer, Nieder-Welland, ergänzt die vorliegende Abrechnung durch Mittheilung der Einnahmen und Ausgaben bis zum Ende August. Es waren danach 11 426,42 M. Ueberschuß vorhanden. Die Debatte über den Bericht wurde ausgesetzt, bis der Ausschussvorsitzende seinen Bericht erstattet. Der Reichstags-Abgeordnete Heinrich Meißner erstattete den Ausschussbericht. Er konstatierte, daß der Ausschuss in der Berichtszeit mehr als je vordem in Anspruch genommen worden sei. Er habe im Wesentlichen alle gerechten Ansprüche der Kollegen nach Besserung ihrer Lage zu befriedigen gesucht. In einem Falle bedauere er, daß der Streik zur Vereinsfrage gemacht wurde, es war in Goslar. Er habe befürchtet, daß der Streik verloren gehen werde und dann die dortigen künftigen Verhandlungen gemäßigter und beseitigt werden würden. Das sei denn auch geschehen. Im Allgemeinen seien die Streiks dem Vereine aufgezwungen worden. Es habe sich immer um die Vertheidigung der augenblicklichen Lebenshaltung gedreht. Leider sehe das die Regierung nicht ein und betrachte, wie die Unternehmer, die Gewerkschaften als Streikvereine. Es gelte dem gegenüber, die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, das sie bei der Haltung der Regierungen und des Unternehmertums noch immer mehr Bedeutung erhalten. Ganz entschieden falsch sei es von den Arbeitern, wenn sie meinen, es genüge, sich der politischen Organisation anzuschließen. Jeder Arbeiter sollte seiner gewerkschaftlichen Organisation beitreten, um zu helfen, daß die Lage der Branchenangehörigen gebessert, oder deren Verschlechterung verhindert werde. Differenzen zwischen Ausschuss und Vorstand hat es nicht gegeben, doch mußte der Ausschuss durch Ersetzung eines Hilfsarbeiters den Klagen des Vorstandes über die Arbeit abhelfen, was mit Erfolg gelungen sei. Bei den Arbeiten des Ausschusses sei es sehr empfindlich gewesen, daß die Lokalbeamten zu wenig oder gar nicht das Material zu liefern für nötig gehalten. Ohne dieses Material als Unterlage zur Beurtheilung der Situation an den einzelnen Orten, könne der Ausschuss aber keinen Beschluß über beantragte Streiks fassen. Da müsse Wandel geschaffen werden. Die Situation im Allgemeinen ist nicht besser geworden. Die Fabrikanten verlegen ihre Fabriken in Gegenden, wo sie billige Arbeitskräfte haben können. Dagegen sei an sich nichts zu machen, doch solle man unaufhörlich danach trachten, auch auf diese Orte die Organisation auszudehnen, um der gefährlichen Herabdrückung der Löhne entgegenwirken zu können. Möge das gelingen zum Besten des Vereins. Die Mandats-Prüfungskommission erstattete Bericht. Es sind 53 Mandate zur Stelle. In

der hierauf folgenden Diskussion der Berichte des Vorstandes und des Ausschusses treten keine besonderen Differenzen hervor. Es wurden Klagen und Vorschläge vorgebracht, um gemachte Erfahrungen zu berücksichtigen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde beschlossen, über die Verhandlungen der Generalversammlung ein Protokoll in Broschürenform herauszugeben, welches den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt werden soll. Ueber die Höhe der Diäten für Delegirte etc. entspinnt sich eine Debatte. Es wird beschlossen, die Diäten im Verbandsstatut nicht festzusetzen und sie für die gegenwärtige Versammlung in gleicher Höhe wie bei der letzten in Stuttgart abgehaltenen zu zahlen. Nach längerer Debatte wird beschlossen, den bisherigen Titel „Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“ umzuändern in: „Deutscher Tabakarbeiter-Verband“. Der § 2 des Statuts stellt als Zweck des Verbandes die Hebung der Lage der Berufsangehörigen hin. Spandau, Nordhausen und Stuttgart verlangen, daß dafür mehr gethan werde. Erstere beiden Städte fordern besonders: „Das Augenmerk soll dabei hauptsächlich nach dem platten Lande und kleinen Städten gerichtet werden, wo es an geeigneten Kräften fehlt, die es verstehen, diese Punkte für sich zweckmäßig auszunutzen.“ Der Antrag Stuttgarts, der bessere Pflege der Berufsstatistik fordert, wird einstimmig angenommen. Zu dem Antrag Spandau Nordhausen hebt Kollege Meißner die Schwierigkeiten, welche die Landstation mit sich führt, hervor. Er erachtet die Nothwendigkeit der Agitation auf dem flachen Lande als bewiesen. Es sei das die höchste Aufgabe des Verbandes, ganz besonders in den die Schmutzkonkurrenz erzeugenden Orten in Süddeutschland. Der Antrag wird in Resolutionsform angenommen.

In der Dienstag Vormittags-Sitzung wurde zunächst über die nochmalige Prüfung der Mandate Bericht erstattet. Die Mandats-Prüfungskommission beantragte die Wahl Hartmann-Delitzsch für ungültig, die des Kollegen Müller-Mannheim für gültig zu erklären. Dem stimmte die Generalversammlung zu. Ueber die Thätigkeit der Revisionskommission erstattet Thieme Bericht, welcher konstatiert, daß die Verhältnisse sich in bester Ordnung befinden. Die Kommission beantragt, dem Kassirer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschieht. Die Versammlung tritt nun in die Diskussion über das Fachorgan „Der Tabakarbeiter“ ein. Die Anträge, welche auf eine Verbilligung des Fachorgans, durch Uebernahme desselben in den Selbstverlag des Vereins hingingen, bringen eine rege Debatte. Nach Schluß derselben wird der Antrag, die Herstellung zu verbilligen, in namentlicher Abstimmung, mit 39 gegen 13 Stimmen angenommen. Dem Antrage, im Fachorgan die Interessen der weiblichen Kollegen fernerhin mehr zu wahren, stimmt die Generalversammlung zu. Die übrigen den „Tabakarbeiter“ betreffenden Anträge werden abgelehnt. Nach dem Vorschlage des Büreaus tritt die Versammlung nun über die Unterstützungsleistungen des Vereins in eine Generaldiskussion ein.

Stromberg-Hamburg referirte über die Frage der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Debatte füllte den Nachmittag aus und wurde am nächsten Vormittag fortgesetzt. Stromberg tritt für die Arbeitslosen-Unterstützung ein; er bezeichnet deren Einführung als Lebensfrage der Gewerkschaften. Dann würde der große Wechsel im Mitgliederstande vermindert; das beweisen jene Verbände, bei denen sie eingeführt ist. Dem Staat die Lösung der Frage zu übertragen, sei aussichtslos und verkehrt, denn er würde der Bewegungsfreiheit der Arbeiter Fesseln anlegen. Falsch sei, daß die Arbeitslosen-Unterstützung den Gewerkschaften den Charakter als Kampforganisation nehmen, das Gegentheil sei richtig; die Lohnrückerei würde vermindert. Ergänzend muß der Arbeitsnachweis hinzutreten. Auch praktisch sei es möglich, die Arbeitslosen-Unterstützung

einzuführen, ohne wesentlich die Beiträge zu erhöhen, indem man Abstriche mache an anderen Unterstützungsformen, die nur bestimmten Kategorien der Mitglieder zu Gute kommen. Die Diskussion über das Referat war sehr rege. Einen ganzen Tag beschäftigte man sich mit der Frage. Heftig plakten die Meinungen auf einander. Schließlich wurde die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit 41 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Folgender Antrag: „Die Generalversammlung hält die Einsetzung einer Kommission, die statistische Erhebungen über Dauer, Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Berufes anzustellen hat, für notwendig“, wird mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Terrorismus.“ Die Lügen der bürgerlichen Presse über den angeblichen „Terrorismus“ der Arbeiter haben kurze Weile. Ueberall werden jetzt Statistiken aufgemacht, und es zeigt sich da, daß die arbeitereindliche Presse, was wir im Voraus wußten, böss gefunkelt hat. Zu dem Kapitel: „Terrorismus der Arbeiter“, werden in der Regel auch die Vorkommnisse während des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks immer wieder ausgegraben. Deshalb scheint es angebracht, einmal festzustellen, wie viel Verurtheilungen in Folge von Vergehen, die im Zusammenhange mit dem Hafenarbeiterstreik stehen, ergangen sind. Nach den Ermittlungen des Professors Tönnies, der sicherlich kein Sozialdemokrat ist, mußten von 367 in Hamburg und 78 in Altona Angeklagten 77 freigesprochen werden. Wegen Vergehens gegen § 153 wurden 69 verurtheilt, wegen Vergehens wider die Straßenordnung 41 und 59 hatten sich gegen das Senatsdekret, welches das Sammeln verbietet, vergangen. Die Strafe von 14 wurde in der Berufungsinstanz auf die Hälfte herabgesetzt. Verurtheilungen gegen das Strafgesetz (Gewaltthätigkeiten) haben nach Tönnies 100 stattgefunden, er giebt aber dem Sekretär der Hamburger Handelskammer, Herrn Ehrenberg, der über der Streik eine recht gehässige Darstellung gegeben, noch „freigegeben 60 zu.“ Also 160 Verurtheilungen auf 16 000 Streikende, das ist ein Prozent. Darunter sind aber auch bloße Verurtheilungen, deren Zahl Tönnies noch nicht ermittelt hatte. Dazu giebt aber Herr Professor Tönnies noch folgende Erklärungen. Er meint: Erstens haben sich unter den Verurtheilten eine Menge jugendliche Leute befunden, die auch sonst zu Gewaltthätigkeiten neigen. Zweitens seien die Hafenarbeiter, noch mehr aber die Seeleute, die während des Streiks naturgemäß in großer Zahl am Lande waren, gewöhnt, auch sonst ihre Streitigkeiten nicht gerade im Salonon auszufechten. Es müßte also diejenige Zahl von Verurtheilungen in Abzug gebracht werden, die in der gleichen Zeit in den Vorjahren gegen dieselbe Bevölkerungsschicht ergangen sind. Drittens seien viele Straftaten, die mit zur Verurtheilung gelangten, nach dem Streik begangen, die also mit dem Koalitionszwang nichts zu thun hatten. Endlich seien viele Straftaten den Streikenden zur Last gelegt worden, die diese überhaupt im Leben nicht begangen. Wenn aber alle Vergehen, so meint Herr Tönnies weiter, ausgenützt werden sollten, Ausnahmefälle gegen Arbeiter zu schieben, dann müßten Ausnahmefälle auch gegen andere Bevölkerungsschichten in Anspruch genommen werden. Im Jahre 1893 sind (lasser nach Tönnies) von je 10 000 Studierenden 83,3 verurtheilt worden. Darunter wegen Verurtheilung 93, wegen Zweikampfs 33, Gewalt, Drohung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch 111. „Sachkenner wissen, daß die wirklichen Straftaten das 5—20fache betragen.“ Und das ist die

zwischen: „seht doch, wie er wird roth bei jedem Wort. Der ist cochem wie ein Fuchs. Darum nieder mit ihm.“

Er krallte seine Faust wieder um den Knabenhals, und zuckte das Messer.

Der Hornberg zuckte die Achseln, und wendete sich ab. Reisenberg fiel dem Juden in den Arm und sprach: „Blutunke! bedenke doch... das Geschrei des Knaben, sein Röcheln, man wird es vernehmen... die Folgen...!“

„Sorgt nicht!“ spottete der Jude: „ich verstehe es, wie man schlächtet, ohne daß das Lämmchen schreit!“ und wieder zu Boden warf er den Knaben, als mit einemmale die Thüre aufging, und Brändling hereintrat, der weiß vor Angst und Entsetzen wurde, da er seines Betters Bedrängniß sah. — Wie ein wüthender Mensch sprang er auf den Juden zu, zerrte ihm sein Opfer aus der Faust, und fragte mit blauen bebenden Lippen nach der Ursache solch grausamen Verfahrens.

Ein Wort des Hornbergers reichte hin, ihm Aufschluß zu geben, und seinen Mund zur flehenden Bitte zu öffnen. „Ach ihr Herren“, seufzte er: „verlangt alles von mir, nur nicht, daß ich in diese That willigen soll. Der Bube ist mein leiblicher Schwestersohn, ein guter Bursche, ohne Trug und Falsch, und ohne Ruhm zu melden, — weit besser, als wir sammt und sonders sind. Nimmer könnt ich mir vergeben, hätte ich meinen Schwestersohn unthommen lassen in Gefahr. Seid nur diesmal barmherzig, ihr Herren, und Gott wird euch um so reichlicher segnen in dem, was Ihr vorhabt, und mir einen doppelten Theil zuwenden.“

„Heuchle keine Menschlichkeit, du krummer Knabenbuckel!“ schalt der von Leuenberg: „der Bube hat uns behorcht, und fort muß er.“

„Und den Talles bekömmst auch Du, wenn Du ihn

nicht giebst heraus, den Horcher!“ fügte der Jude bei, und griff abermals nach dem Knaben. Brändling bewies aber durch die Festigkeit, mit welcher er den Knaben in seine Arme schloß, wie sehr es ihm Ernst sei um das, was er vorhin gesagt, denn er riß den zitternden Heinrich zu der Thüre hin, drückte die Faust auf die Klinke, und sprach mit der klanglosen, bebenden Stimme des auf's höchste Gereizten: „Versucht's, ihr Herren! versucht's! Stecht mich zusammen, aber im Falle reiße ich die Thüre auf, und mein Gebrüll ruft die Schifferknechte, von welchen die Schente wimmelt, hieher und verloren seid ihr dann; noch im Sterben verrathe ich alles was ich weiß, und geheim halten will ich wie ein Pfaffe die Beichte, wenn ihr ablaßt von dem Knaben.“

„Brändling hat Recht!“ fiel der Hornberger ein: „Wegen seiner auf's Rad gesetzt zu werden, gelüftet mir nicht. Sag' aber an, welche Bürgschaft leistest Du für den Buben? — denn hasten mußt Du für ihn mit Haut und Haar!“

„Das will ich auch, Herr.“ erwiderte der Wirth, von schwerer Angst erlöst und freier athmend: „Schwören soll der Knabe, daß, wenn er auch etwas vernahm, nichts über seinen Mund gehe, es zu verrathen.“

„Gottes Wunder!“ höhnte Jodick. „Was soll uns helfen ein leerer Schwur?“

„Schweig!“ murkte Reisenberg, „dem Kinde da ist ein Eid heilig wie ein Tabernakel.“

Leuenberg lachte ungläubig, Jodick flüsterte verdrossen die Zähne und Hornberg hielt unterdessen dem Knaben das Kreuz seines Schmerzes vor, indem er ihm die Eidesformel vorsprach: „Ich gelobe handlich und festlich, auf dieses Kreuz, das des Erlösers Kreuz bedeutet, keiner Seele, die da lebt auf Erden, zu vertrauen und zu verrathen, was ich in der heutigen Nacht als unberufenen

Zeuge gehört und vernommen. Verdammst will ich sein in Ewigkeit und das schrecklichste Gebreiß und Siechthum erdulden in dieser Welt, wenn ich den Eid nicht halte, den ich hier schwur mit aufgehobenen Händen zu Gott, seinem Sohne und allen Heiligen. Amen!“

Der Knabe sprach deutlich und sichtlich ergriffen und bewegt den Eid nach, und zerfloß nach dessen Leistung in Thränen. Reisenberg nickte, zufriedengestellt, mit dem Kopfe, und der Hornberger übergab den Buben seinem Vetter Brändling. „Das Beste für unsre Ruhe und Sicherheit ist noch an Dir, zu thun“, sprach er: „Spere den Buben ein in Deinen tiefsten Keller, und lasse ihn nicht eher los und ledig, als bis es Zeit geworden ist. Solche kurze Frist hindurch ist ein glatter Thal zu hüten; warum nicht ein junger Bursche? So Du reblich unsern Willen thust, sind wir Dir gewogen, alter Brändling. Beim mindesten Versehen hingegen und bei der kleinsten Falschheit sollst Du der Erste sein, der den verdienten Lohn erhält.“

Brändling, Treue und Gehorsam gelobend, riegelte vor den Augen der wilden Gäste den Vetter Heinrich, — ein dunkelames Lamm, — in das hinterste Gemölde seines Hauses, und beruhigt suchten die Verbündeten ihr düstertes Lager. (Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Die Ursachen der Nervenchwäche, dargestellt von Dr. med. C. Sturm, Berlin. (8. Aufl. Preis 1 M.). — Dr. C. Sturm's Bülcher-Verlag, Berlin SW., Kleinbeeren-Str. 26.). Der Verfasser hat es in diesem Schriftchen unternommen, die naturgemäße Nervenerkrankung unserer Organe in populärer Weise den Lesern vor Augen zu führen und im Anschluß daran zu zeigen, wie selbst auch schwere Nervenleiden durch eine naturgemäße Pflege des Körpers und Geistes, des Leibes und der Seele noch Rettung und Heilung finden. Das Schriftchen ist jedem Freunde einer vernünftigen Lebensweise zu empfehlen.

„Blüte der Nation“, das sind die Leute, die später einmal zum Theil berufen sind, als Richter über das gemeine Volk zu urtheilen. Und bei alledem — fügen wir hinzu — ist zu berücksichtigen, wie der größte Theil der Streitvergehen entstanden ist. Hätte man nicht die Streitenden in der schlimmsten Weise gereizt, hätten nicht die Behörden alles ausgeboten, um ihnen den Kampf zu erschweren, wäre den Arbeitern die gleiche Bewegungsfreiheit gewährt worden wie den Unternehmern — so wäre es überhaupt nicht zu häufigeren Ausschreitungen gekommen. Erst erbittert man die um eine kleine Besserung ihrer traurigen Lebenslage kämpfenden. Wenn dann die Erbitterung zu Ausschreitungen führt, so ruft man: So sind diese Streiker! Eine erbärmlichere Heuchelei, als sie da getrieben wird, läßt sich nicht denken!

Vier Wochen hungern! Der 13. Delegirtenstag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister in Breslau, an dem von Lübeck aus Herr Schwarzkopf theilnahm, hat für diejenigen Maurer, Zimmerer und sonstigen Bauarbeiter die Strafe des Hungers festgesetzt, die es wagen, sich „aufzulehnen“ gegen die „Autorität“ der Unternehmer, die es wagen, von ihrem Koalitionsrechte zwecks Erinnerung besserer Arbeitsbedingungen Gebrauch zu machen. Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Delegirtenstag einen Antrag annahm, betreffend die sofortige Gründung eines ganz Deutschland umfassenden Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe. Der Antragsteller, ein Herr Simon aus Breslau, führte nach dem uns jetzt vorliegenden Bericht unter Anderem aus:

Der deutsche Maanerebund sei von 10 000 in diesem Sommer auf 67 000 Mitglieder gestiegen. Jedes Mitglied des Maurerbundes zahle einen jährlichen Beitrag von 8 Mark an die Zentralkasse in Hamburg. Diese Kasse habe somit eine jährliche Einnahme von weit mehr als einer halben Million Mark. Im vergangenen Jahre habe die Zentralkasse 260 000 Mark an Unterstützungen für Auskündige gezahlt. Die Arbeitgeber müssen sich daher an den Arbeitern, an deren Solidarität und Opferwilligkeit ein Beispiel nehmen und sich, ebenso wie die Gesellen, über ganz Deutschland zu einem festgeschlossenen Arbeitgeberverbande zusammenschließen. In diesem Arbeitgeberverbande müssen nicht nur alle gewählten Baugewerksmeister, sondern auch alle Baunternehmer herangezogen werden. Wenn der Kampf den Arbeitgebern auf Veranlassung der „Agitatoren“ ausgebrochen werde, dann müsse er bis auf s Messer durchgeführt werden. Dies könne aber nicht durch Local- oder Provinzialorganisationen, sondern nur durch eine feste, über ganz Deutschland sich erstreckende Arbeitgeberorganisation geschehen. Der Arbeitgeberverband müsse versuchen, die Streikkasse einmal durch allgemeine vierwöchige Aussperrung der Gesellen zu sprengen.

Im Uebrigen soll, nach einem schon auf dem vorjährigen Delegirtenstage des Innungsverbandes gefassten Beschlusse die Streikbekämpfungstaktik der Baugewerkszünfte darin bestehen, daß auf Grund des Systems der schwarzen Listen sämmtliche aus Streikorten kommende oder der Organisation angehörende Gesellen von der Arbeit ausgeschlossen werden.

Die Führer der Baugewerkszünfte, die Herren Fellsch u., hatten vorher die Zustimmung der Regierung (111) zu diesem Beschlusse eingeholt! Er wurde gefaßt, nachdem der Kaiser in Bielefeld jeden, der Andere verhindert, zu arbeiten, mit „schwerster Strafe“ bedroht. Der Antrag Simon wurde natürlich angenommen. — Nun, die Herren Baumeister mögen es mit der Hungerkur immerhin einmal versuchen. Die Arbeiter, die schon so oft „zum Kampf bis auf's Messer“ herausgefordert sind, werden ihren Mann stehen und das Unternehmertum jede Stunde Hunger schwer entgelten lassen. Die nächste Folge des aus Breslau ergangenen Kriegsrufs wird, bemerkt die freisinnige „Volkstg.“ nicht unrichtig, die sein, daß die Maurer, welche sich bisher dem Maurerbunde noch ferngehalten haben, seine Organisation verstärken werden. Denn wenn nicht einmal die Androhung einer vierwöchigen Entbehrungsperiode die Fachgenossen zur umfassendsten Abwehr des kapitalistischen Feldzugsplanes anfeuern sollte, so müßte man an dem politischen und wirtschaftlichen Sinne der deutschen Arbeiter verzweifeln.

Auf offener Straße niedergeknast! Der „Posener Morgenzeitung“ zufolge wurde Donnerstag ein dreizehnjähriger Knabe, der nach Schubin transportirt werden sollte, auf dem Wege zum Bahnhof seinem Transporteur aber entließ, von diesem mittels Revolvers in den Rücken geschossen. Der Knabe wurde in das Krankenhaus gebracht. — Wann endlich wird man die unkräftigen Instruktionen, die dem Transporteur den Gebrauch der Schusswaffe so ungemein erleichtern, aufheben oder doch verbessern?

Der Centrumsführer Abg. Dr. Lieber hat auf der Katholikerversammlung in Milwaukee (Nordamerika) eine Rede gehalten, in der er seine Unabhängigkeit von Fürstenthümern und Hofgunst betonte. Als ihm der Präsident der Versammlung nach einer von ihm gehaltenen Rede ein Abzeichen als Ehrenmitglied des Centralvereins der deutschen Katholiken Amerikas überreichte, versicherte er, daß er das Abzeichen hochhalten werde, so lange er lebe, und fuhr dann fort:

„Als ich noch Student war, schrieb ich in ein Kollegienheft: „Erst Lieber, keines Ordens Ritter, Keines Fürsten Rath, Frei wie ein Gewitter, Rechte in Gottes Staat.“ Und was ich damals, wie eine Ahnung, wie ein Programm für mein Leben in studentischem Uebermuth in mein Kollegienheft schrieb, ist auch heute noch volle Wahrheit. Keines Ordens Ritter, Keines Fürsten Rath, dagegen getragen von der Liebe und dem Vertrauen des katholischen Volkes und geehrt durch diejenigen Reichen, die es zu vergeben im Stande ist. Ich bin Ihnen verpflichtet sein, wann man mich zu Grabe trägt, ich bin jetzt 60 Jahre alt, wird man wahrscheinlich keinen Ordensstern,

aber alle Abzeichen, wie dieses, die mir im Laufe meines Lebens geworden sind, vor meiner Leiche hertragen.“

Herr Lieber, der „blamirte Europäer“, kann von Glück sagen, daß es ihm bis jetzt geglückt ist, das Delorirtwerden zu vermeiden. Als er der Regierung das neue Flottengesetz apporirtete, war er schon nahe daran, bei der nächsten ähnlichen Gelegenheit dürfte er unrettbar verloren sein.

Nach Hessen folgt Bayern. Nachdem kürzlich im Großherzogthum Hessen Damen zu Assistentinnen der Fabrikinspektoren ernannt worden sind, hat Bayern daselbe gethan. Als Sitz sind den beiden Damen München und Nürnberg angewiesen worden. Preußen und auch Lübeck ist noch nicht soweit.

Centrum und Koalitionsrecht. Unter diesem Titel erinnert der „Vorwärts“ daran, daß der württembergische Flügel des Centrums, dessen Führer der Abgeordnete Gröber wesentlich mit ausschlaggebend ist, am 21. Juni in der württembergischen Kammer den Antrag zur Annahme gebracht, daß die Regierung im Bundesrath gegen jede Beschränkung und für weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes eintreten möge. — Auf dem Katholikentag in Erfeld sprach die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland der Centrumsfraktion den wärmsten Dank aus „für die thatkräftige energische Förderung der sozialen Reformgesetzgebung, insbesondere für die Vertheidigung des freien Koalitionsrechtes.“ Hoffentlich läßt das Centrum diesen Worten die Thaten folgen.

Sam Schatz der Bauhandwerker hat das sächsische Ministerium des Innern folgende Verordnung erlassen: Bei allen Neubauten ist an leicht sichtbarer Stelle ein Anschlag anzubringen, welcher den Stand, Vor- und Familiennamen der Bauherren und Bauleiter angiebt. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Eine Strafverschärfung für Streikende ist auch ohne Gesetzesänderung eingetreten. Wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Nötigung hatte sich der Steinmetz Paul Fromm aus Erfurt vor dem dortigen Landgericht zu verantworten. Der Angeklagte war im April er wegen Lohnunterschieden beim Bildhauer Herda aus der Arbeit getreten. Einige Tage darauf ging er, obwohl ihm der Zutritt zur Werkstätte verboten worden, trotzdem wieder dorthin, bedrohte und veranlaßte auch den dort arbeitenden Steinmetz Schopp, ebenfalls die Arbeit einzustellen, wenn auch nur auf einen Tag. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Fromm 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt jedoch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte einen Arbeiter am Fortarbeiten verhindert, eine härtere Strafe für angebracht. Es wurde auf 1 Jahr Gefängnis erkannt. — Kommentar überflüssig.

Die Sachverständigenkonferenz, die zur Prüfung der kaiserlichen Verordnung über den Verkehr mit Arzneimiteln einberufen worden war, ist nach zweitägigen Beratungen am Freitag geschlossen worden. Sie hatte darüber zu berathen, inwieweit es einem wirklichen Bedürfnis des Droguistengewerbes entspreche und mit den wirtschaftlichen Rücksichten auf den Apothekerstand vereinbar ist, die Zahl der vom freien Verkehr ausgeschlossenen Arzneimittel einzuschränken, und wie weit die Klagen der Droguisten über ihre gegenwärtige Rechtsunsicherheit begründet sind.

Spanien.

In Madrid „kräftig“ es. Die dortigen Zeitungen melden, die Regierung sei sehr betroffen darüber, daß die konservativen Abgeordneten bei der Frage der Friedensverhandlungen die Regierung nicht unterstützt haben. Die Blätter glauben an einen Sturz der Regierung. Donnerstag fanden des Feiertages wegen keine Kammer-sitzungen statt; dagegen trat der Ministerrath zusammen und beschloß, neue Einschränkungen bezüglich der Veröffentlichung der Kammerverhandlungen und namentlich bezüglich der Depeschen-Zensur einzuführen. Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Almodovar, erstattete Bericht über die Verhandlungen mit Washington hinsichtlich der Philippinenfrage.

Rußland.

Die Russifizierung Finlands macht immer weitere Fortschritte. Eine in Petersburg tagende Kommission zur Revision des finnischen Wehrgesetzes hat einen Bericht an den finnischen Senat erstattet. Wie es heißt, beantragt die Kommission, daß sämmtliche in dem jetzt geltenden Wehrgesetz enthaltenen Bestimmungen von verfassungsmäßigem Charakter vollständig aufgehoben werden sollen, daß die finnischen Truppen zukünftig unter russischem Distriktsstabe stehen sollen, und daß die Leitung der finnischen Militärangelegenheiten bei dem russischen Kriegsministerium konzentriert werden soll. Der Vorschlag enthält noch andere Bestimmungen bezüglich der innigen Verbindung des russischen und finnischen Militärwesens. Die Kommission spricht die Ansicht aus, daß dieser Vorschlag von den finnischen Ständen nicht abgeändert werden könne, weil derselbe in den wesentlichen Hauptpunkten bereits vom Kaiser Alexander gebilligt worden sei.

Afrika.

Die Schlacht bei Omdurman. Eine amtliche Depesche des Sirdar aus Omdurman vom Montag besagt, daß an diesem Tage über 500 arabische Kameelreiter zur Verfolgung des Kalifen abgeandt wurden. Ueber 100 Kameele, welche der Kalif für seine Flucht hatte in Bereitschaft stellen lassen, seien in die Hände der Engländer

gefallen. Offiziere, welche die auf dem Schlachtfeld vorgefundenen Leichen der Dermische gezählt hätten, berichteten, die Gesamtzahl der Todten betrage 10 800; die Zahl der Verwundeten werde auf etwa 16 000 geschätzt. Außerdem seien bei der Einnahme der Stadt Omdurman noch zwischen 300—400 Dermische gefallen. Gefangen seien zwischen 3000 und 4000. Ein Kanonenboot sei den Blauen Nil hinaufgeschickt worden, um in einigen Distrikten Ruhe zu schaffen, in welchen die Dermische die Einwohner brandschägen sollen. Aus der Umgebung Omdurmans kämen jetzt viele Leute nach der Stadt. Nach privaten Meldungen aus Omdurman, glaubt man, der Kalif werde durch Durst und Erschöpfung unkommen, ehe er die Brunnen freundlicher Stämme erreicht. — Neufeld und die anderen Gefangenen der Mahdisten wurden am Abend vor der Schlacht in Ketten aus dem Kerker geführt, um getödtet zu werden. Doch gaben die Gefängniswärter schließlich die Absicht auf und führten sie ins Gefängnis zurück. Der Sirdar und sein Stab hielten beinahe das Leben beim Einzuge ein. Slatin Pascha führte sie zum Hause des Kalifen, während die englischen Geschütze noch Granaten hineinwarfen, die unmittelbar neben dem Sirdar explodirten. Er und seine Begleitung entgingen einer Verletzung nur durch einen Zufall.

Lübeck und Nachbargebiete.

12. September.
Eine Versammlung der Bürgerchaft findet Montag den 19. d. Mts. statt. Ob sie zu Stande kommen wird? Unsere „Volksvertreter“ scheinen es jetzt mit dem Schwänzen zu halten. So konnte am Sonnabend die Versammlung des Bürgerausschusses abermals nicht stattfinden, weil sich die beschlußfähige Zahl nicht eingefunden hatte.

Zu künftigen Lehrern an der Gewerbeschule hat der Senat die bisherigen Hilfslehrer J. R. S. Seymann und P. D. Fr. Logner ernannt.

Eine Zwangsinnung soll auch für das Böttcherhandwerk errichtet werden.

Der zoologische Garten wird Anfang nächsten Jahres wieder eröffnet werden. Der neue Besitzer ist Herr Dr. jur. D. Dehn aus Berlin. Er will den Garten auf besserer Grundlage als bisher eröffnen. Der Wirtschaftsbetrieb soll an einen Pächter vergeben werden.

Das Zweirad vor dem Reichsversicherungsamt. Man schreibt der „Volkstg.“: Der Arbeiter Neumann benutzte gewöhnlich sein Fahrrad, um zur Fabrik zu gelangen. Eines Tages stürzte er, auf dem Wege dahin, mit seinem Rade zu Boden und trug erhebliche Verletzungen davon. Es kam darüber in allen Instanzen zu einer Klage wegen der Unfallrente. Vor dem Reichsversicherungsamte betonte Neumann, sein Arbeitgeber habe ihm aufgegeben, daß er stets sein Rad mit zur Arbeit bringen möge, um Botengänge schnell ausführen zu können. Trotzdem wurde er mit seiner Entschädigungsklage vom Reichsversicherungsamt abgewiesen, weil ein Betriebsunfall nicht vorliege. — Ob Neumann nun sein Rad nach der Fabrik tragen wird?

Öffentliches Schlachthaus. Im verfloffenen Monat August wurden geschlachtet: Ochsen 22, Bullen 58, Kühe und Starke 306, fetts Kälber 509, magerne Kälber 222, Lämmer 5, Ziegen 5, Schweine 1458, Schafe 836, Pferde 26, zusammen 3447 Thiere, gegen 3716 Thiere im gleichen Monat des Vorjahres. Bei lebenden Thieren fand eine Veranlassung nicht statt. Bei geschlachteten Thieren wurden als zur menschlichen Nahrung ungeeignet befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Schwein wegen Welsucht, 1 Schwein wegen Tuberkulose. Im Dampfbesinfektor wurden 4 Kühe und 10 Schweine wegen Tuberkulose geschlachtet. Im Schlachthause wurden 2 Kühe wegen Finnen eingepöbelt. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 553 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 14,162 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthause untersucht. 16 Kilogramm Ratsfleisch wegen Unreife, 40,5 Kilogramm Pferdefleisch, 1 Pferdeleber, 1 Pferdeherz, 1 Pferdezung und 1 Pferdekopf wegen verborbener Beschaffenheit, 15 Rinderlungen und 2 Rinderlebern wegen Tuberkulose, 1 Pferdeleber wegen Entzündung wurden vernichtet. Im Monat August 1897 sind 685 Kilogramm Fleisch untersucht.

Heiligenhafen. Landtagwahl. In unserem Landtagswahlkreise wird unser bisheriger Landtagsabgeordneter Hansen für die Neuwahlen wieder kandidiren. Andere politische Parteien werden sich in unserem Landtagswahlkreise nicht im Geringsten um die Wahlen kümmern. Wie die Lokalzeitungen wissen wollen, wird Hansen in den größeren Ortschaften noch Vorträge halten. Das hat er übrigens garnicht nöthig; er wird auch so gewählt. Die Betheiligung an der Wahl wird jedenfalls eine sehr schwache sein.

Fehmarn. Bahnprojekt. Auf unserer Insel will man gern eine Bahn haben. Viele wollen mit einer schmalspurigen vorlieb nehmen, andere wieder wollen eine normalspurige; doch giebt es auch viele, die gar nichts von der Bahn wissen wollen, weil sie zu viel guten Getreideboden verschlingen würde. Die Bahnfreunde haben jetzt eine Deputation von zwei Mitgliedern gewählt, welche beim Minister vorstellig werden und denselben überzeugen soll, wie „dringend“ nothwendig es ist, daß unsere Insel eine Bahn erhält. Abgesehen davon, daß die Verwirklichung des Bahnprojekts für die Allgemeinheit von größtem Interesse ist, würde aber doch eine Bahn auf unserer Insel ein „kleines Mittel“ sein, mit denen man die nothleidenden Agrarier (bei uns Großbauern) unter die Arme greift. Ähnlich so wie die Oldenburg-Heiligenhafener Bahn, welche bekanntlich in einem halbrunden Bogen von Oldenburg aus (damit ja nicht die nothleidenden Junker vergessen werden) nach Heiligenhafen sich hinzieht. Im übrigen ist die Verbindung unserer Insel mit dem Festlande eine vorzügliche, da der östlich wie westlich Theil durch die Dampfer „Verein“ und „Diet“ täglich dreimal mit Heiligenhafen verbunden ist.

Außerdem durch die Dampfer „Meta“ und „Fehmarn“, die zwischen Kiel und Lübeck fahren und mehrere Male in der Woche hier anlaufen. Dagegen ist die Fähre über den Sund in mancher Hinsicht nicht mehr modern. — Der „Fehmarnsche Verein für Landwirtschaft und Industrie“ hat für die erforderlichen Vorarbeiten zur Erhaltung von Herbergen „zur Fehmarn“ 200 Mk. bewilligt. Muß es da noch sonderbare Fällige geben.

Hamburg. Bohnbewegung. Die bürgerliche Presse, u. A. auch die „Allg. Anz.“ verbreiteten dieser Tage die Nachricht, daß auf ein Gesuch der hiesigen Schauerleute die Vereine der Rheber und Stauer einen günstigen Bescheid erteilt hätten. Demgegenüber wurde in der letzten Versammlung der Schauerleute konstatiert, daß die Mitteilung vollständig auf Irrthum beruhe; der Tarifkommission sei darüber noch nichts bekannt, die Unterhandlungen betreffs Einführung eines neuen Bohntarifes seien noch immer nicht abgeschlossen.

Kiel. Elbe-Kiel-Kanal. Im Saale des „Hotel Germania“ fand, wie wir dem „Hamb. Fröbl.“ entnehmen, Mittwoch Mittag auf Einladung des Geheimen Kommerzienraths Sartori eine Versammlung von Männern aus Stadt und Provinz statt, zwecks Mitteilung über Kanäle, besonders den Elbe-Kiel-Kanal und Besprechung über die Bildung eines Vereins zur Förderung eines Elbe-Kiel-Kanals. Die Schleswiger Regierung war durch den Oberpräsidenten v. Dolega-Rosierowski vertreten. Nach einigen einleitenden Worten des Geheimraths Sartori hielt Major z. D. Sillen (Berlin) vom Central-Verein für die Hebung der Binnen-Schiffahrt einen Vortrag über Binnen-Schiffahrts-Verhältnisse. Derselbe hob hervor, daß Holstein durch die Elbe, den Kaiser Wilhelm-Kanal und den Elbe-Trade-Kanal gleichsam zu einer Insel geworden sei, die der Verkehrswege im Innern bedürfte. Es sei daher hoch dankenswerth, daß Geheimrath Sartori hierzu die erste Anregung gegeben. Heute seien eigentlich nur die Großschiffahrtswege, welche Schiffe bis 600 und 850 Tons die Passage gestatten, von großem Nutzen. Zum Schluß wies Redner auf die große Kanalvorlage im preussischen Landtage hin. Dann sprach Geheimrath Sartori über den Elbe-Kiel-Kanal. Sämtliche technische Gutachten gingen dahin, daß für den neuen Wasserweg die günstigsten Verhältnisse vorliegen. Vor z. Bt. 180 Mill. Kubikmetern nutzlos fließendem Wasser werde der Kanal nur 32 Millionen Kubikmeter in Anspruch nehmen. Zwölf Schleusen und zwei geeignete Wehre sind erforderlich. Die Länge des Kanals werde 76 km betragen, von welchen 19,5 km auf das Seengebiet entfallen. Der Kanal erhält eine Tiefe von 2 m bei 22 m Sohlenbreite und 31,8 m Wasserpegelbreite. Die Leistungsfähigkeit des Kanals würde 1 440 000 Tons sein. Die Kosten des Baues sind auf 10 1/2 Millionen Mark, die Verwaltungskosten auf 186 000 Mk. veranschlagt. Der Kanal erschließt der Provinz ganz neue Verhältnisse. Die Verhältnisse dieses Kanals und des Kaiser Wilhelm-Kanals würden sich in keiner Weise kreuzen, vielmehr gegenseitig sich stützen. Der Kanal wird einen Gewinn von 4 Mark per Tonne-Kilometer bringen. Auch aus den Nachbarstädten Hamburg, Lübeck und Stettin seien zustimmende Erklärungen über das Projekt eingelaufen. Der Referent brachte hierauf die Gründung eines Vereins von Binnen-Schiffahrts-Interessenten mit der Maßgabe, für den Bau eines Elbe-Kiel-Kanals unter späterer Berücksichtigung weiterer Fragen der übrigen Theile der Provinz zu wirken, in Anregung. Es wurde zu diesem Zwecke ein vorbereitendes Komitee gebildet, dem folgende Herren angehören: Klosterprobst Graf Reventlow-Bresch, Graf Brodthoff-Whlefeld-Wscheberg, Bürgermeister Klinger-Bresch, Oberbürgermeister Fuß-Kiel, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Bessler-Kiel, Stadtvertreter Müller-Kiel, Konsul Nohr-Kiel, Syndikus Dr. Boylen und Geheimrath Sartori.

Kiel. Von der Marine. Von der abgebliebenen Mannschaft des „Cormoran“ werden einige interessante Einzelheiten aus dem zweijährigen Aufenthalt in den ostasiatischen Gewässern mitgetheilt. Der Kreuzer ist von mehrfachen Unfällen betroffen worden. Im gelben Meere sollte bei sehr starkem Strome ein Anker ausgebracht werden, der jedoch sammt der Kette verloren ging, auch zwei Boote gingen dabei verloren, deren Mannschaft von Chinesen gerettet wurde. Am 25. Juli, zwei Tage nach dem Untergang des „Stis“ und an den nachfolgenden Tagen hatte das Heizpersonal sehr angestrengt zu arbeiten, da binnen verhältnismäßig kurzer Zeit der „Cormoran“ mehr als zwanzig Mal nach Chefoo in forzierte Fahrt zur Nachrichtenvermittlung fahren mußte. Am 18. März 1897, als der Kreuzer nach Yokohama zur Begehung der Centenarfeier unterwegs war, gerieth er in den Ausläufer eines Taifuns. Während das Schiff sich im Taifun befand, konnte die Mannschaft keinen Dienst thun, da das Wetter zu heftig tobte. Die Schwalbenkletter der zweiten Geschütze wurden durch die Gewalt der See eingeschlagen, auch wurden an Deck mehrfache Beschädigungen angerichtet. Der „Cormoran“ hatte in dem außerordentlich schweren Wetter an Maschine und Kessel so stark gelitten, daß bei vollem Betriebe der 4 Kessel trotz größter Mühe nur 5 statt 16 Seemeilen Fahrt erzielt werden konnten. Nach vorgenommener Reparatur in der Werft zu Shanghai wurde die volle Geschwindigkeit wieder erzielt. An der Strandungsstelle der „Stis“ hatte „Cormoran“ eine Detachment gelandet, das, sobald es sich in Gefahr befand, durch Abfeuern einer grünen Rauchkugel um Hilfe rufen sollte. Plötzlich in der Nacht steigt am Lande eine solche Kugel auf. Sofort ward klar Schiff gemacht und ein Landungsmanöver vorgenommen. Die kriegslustige Mannschaft ist lerntaunt ob der Stille, die an Land herrscht, doch als man weiter vordringt, findet man die Erklärung. Das an Land gelandete Detachment liegt in tiefstem Schlafe in dem provisorisch errichteten Lager, von dem gegebenen Signale weiß Niemand etwas. Später erfuhr man, daß Chinesen eine Signalkugel gefunden und zufälligerweise gleich eine grüne Patrone verwendet hatten.

Neubulow. Ein größerer Reinigungsprozess soll auch mit dem hiesigen Kriegerverein vorgenommen werden. Welcher Mittel man sich dabei bedient, zeigt folgendes Schriftstück:

Kriegerverein zu Neubulow.
An den Kameraden Herrn . . .

Von dem Kriegerverbände zu Schwerin ist uns direkt der Auftrag geworden, festzustellen, welche Mitglieder des Kriegervereins des Sozialdemokratie angehören. Der Vorstand weiß es

in keiner anderen Weise zu machen, als daß er nachstehende direkte Frage an jeden Kameraden richtet: „Gehören Sie der Sozialdemokratischen Partei an?“ Die Antwort auf die Frage wolle jeder Kamerad bestimmt mit „Ja“ oder „Nein“ bis zum 1. September zurücksenden; wenn zur gegebenen Zeit keine Antwort erfolgt, so hat der Vorstand das Recht und auch die Pflicht, über Ihre weitere Mitgliedschaft zu verfügen.
Neubulow, 7. August 1898.

Der Vorstand.
Soweit die Zuschrift, welche jedes Mitglied erhalten hat. Der Amtsrichter ist schon vor der Zuschriftung des Schriftstückes und der Bürgermeister ist gleich nach der Zuschriftung des Schriftstückes aus dem Kriegerverein ausgetreten. Wahrscheinlich empfinden diese Herren eine derartige Ausfragerei als eine entwürdigende Zumuthung und bedanken sich für das fragwürdige Vergnügen, einem Verein anzugehören, der die Gefinnungsschwüfferei zur Spezialität. Was der schlaue Verbandsvorstand nun wohl zu dieser Wirkung seines Rundschreibens sagt?

Soziales und Partei-Leben.

Altona. Eine öffentliche Parteikonferenz für den 8. und 10. Schlesw.-Holstein. Wahlkreis (Altona, Stormarn und Lauenburg), fand hier am Sonntag statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vertrauensmannes für beide Kreise, Genossen Heinrich, haben wir hervor: Die Kosten der Reichstagswahl belaufen sich für beide Kreise auf 19 045,57 Mk. Verbreitet wurden zur Reichstagswahl im 8. Kreise 261 500 und im 10. Kreise 155 000 Flugblätter, in beiden Kreisen 80 000 Broschüren, 700 Zirkulare, 101 000 Aufforderungen, 116 000 Versammlungszettel und 840 000 Stimmzettel. An Versammlungen und Zusammenkünften fanden 150 statt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Wahlen der letzten Reichstagswahlen mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen“ erhielt Genosse Frohne das Wort. Mit dem Wahlausfall in Schleswig-Holstein könne man zufrieden sein, wenn auch einzelne gehofft hätten, daß wir mit Hilfe der Freisinnigen das Mandat im Lauenburger Kreise erringen würden. Die Freisinnigen hätten sich auch bei denen, die ihnen noch etwas Charakter beigegeben, um allen Kredit gebracht und ihre Handlungsmasse habe zu der Schlussfolgerung geführt, daß es ihnen mit dem Kampf gegen Junkerthum und Reaktion nicht ernst sei. Bezüglich der Agitation im 8. und 10. Kreise hat Redner die Erfahrungen gemacht, daß man mit den Genossen auf dem Lande in festem Konnex bleiben müsse, wolle man die größtmöglichen Resultate erzielen. Was die Agitatoren anbelange, so müßten sie mit dem Geist und Charakter der Landleute vertraut sein. In dieser Beziehung sei zur Wahl zuwelfen gesündigt worden. Aber auch die Genossen auf dem Lande müßten mehr wie bisher Informationen geben. Redner ging dann kurz auf die Frage der Theilnahme an den Landtagswahlen ein und betonte, daß er noch heute auf dem Standpunkt stehe, daß man, um der Junkerherrschaft Abbruch zu thun, die bürgerlichen oppositionellen Parteien unterstützen solle. Wenn auch das Mißtrauen gegen die Freisinnigen gewachsen sei, so wäre es doch verkehrt, wolle man der Aufforderung, die Segner sich allein miteinander baldig zu lassen, entsprechen. Der Hamburger Beschluß müsse zur Ausführung kommen und dieser verbiete nicht, daß wir für bürgerliche oppositionelle Parteien eintreten. Würden wir gleich für bürgerliche Wahlmänner eintreten, so würden die Kosten weit geringer sein, wie in anderem Falle. — Schließlich wird der Antrag angenommen: „Es ist wünschenswert, daß sich die Parteigenossen der drei Wahlkreise an den Landtagswahlen betheiligen, ob aber die Möglichkeit vorhanden ist, darüber haben die einzelnen Wahlkreise zu entscheiden.“ Beschlossen wurde dann ferner, zum Parteitag in Stuttgart drei Delegirte für beide Wahlkreise zu entsenden. Zum Vertrauensmann wurde Genosse Heinrich und zu dessen Stellvertreter Genosse Zoelge wiedergewählt.

Zum Stuttgarter Parteitag. Die Parteikonferenz für den westfälischen Wahlkreis V i e l e s e l d - W i e d e n b r ü c k beschloß, Folgendes zu beantragen: „Die Beschlüsse der Kreis-Konferenzen in denjenigen Kreisen, die eine Organisation haben, sind für die Parteigenossen im Kreise bindend. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch die entsprechenden Bezirks-Parteitage oder den allgemeinen Parteitag. Auch haben die Kreis-Konferenzen das Recht, die Delegirten zum Parteitag zu wählen. Die Beschlüsse der Bezirks-Parteitage sind bindend für die Genossen des Agitationsbezirks. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch den allgemeinen Parteitag. Die Anordnungen der Kreis-Vertrauensmänner, die sich auf die Agitation im Kreise beziehen, haben Gültigkeit für die Vertrauensmänner im Kreise.“ Ferner wurde auf Antrag des Genossen S l o m k e beschloffen, dem Stuttgarter Parteitag zu empfehlen, diesmal von der Wahl des Genossen S i n g e r als Vorsitzenden abzugehen. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß Genosse Singer durch seine „selbsterhellende Handlungsmasse“ auf dem Hamburger Parteitage bewiesen habe, daß es vom demokratischen Standpunkte aus gut sei, nicht immer denselben Genossen zum Vorsitzenden zu wählen.“ Der „Vorwärts“ tabelt diesen Angriff und meint: „Ist der Beschluß der Vieselseld-Wiedenbrücker Genossen, wie wir annehmen, lediglich auf die Mißstimmung zurückzuführen, die unter einigen Parteigenossen über die Singer'sche Interpretation des Hamburger Beschlusses betreffend die preussischen Landtagswahlen herrscht, so möchten wir den Mißvergnügten doch entgegen, daß Weibel, der die Führung der Wahlbetheiligungsfreunde hatte, auf dem Hamburger Parteitage die Singer'sche Interpretation ausdrücklich als zutreffend anerkannt hat.“

Lehe. Schwere Strafe Demjenigen, der andere an der freiwilligen Arbeit hindert. Zu diesem Kaiserwort bieten bekanntlich die schwarzen Listen der Unternehmer eine treffliche Illustration. Wir haben schon oft auf diese „Waffe“ der Unternehmer hingewiesen und ist es immerhin interessant, wenn man etwas von der Art der Korrespondenz der Herren Meister am Orte gewahr wird. So liegt eine im Reichricht gefundene Postkarte vom 5. August vorerem Geseftemünder Parteiorgan vor, welche folgenden Wortlaut aufweist:

„Wie wir von der Baugewerksinnung aus Potsdam mitgetheilt wird, ist der Maurerpolier Jersch mit 12 Gesellen nach hier abgereist, um Arbeit zu suchen. Ich bitte höflichst, auf Grund der Ihnen bereits übersandten

Liste, die Streikenden nicht anzustellen und etwaige Angestellte sofort zu entlassen.

Der Vorstand des Innungsverbandes Bauhütten an der Unterweser.
(gez.) M s b i u s.“

Da kurz nach dem 5. August in dem Baugeschäft von Ristner, an welches die Karte adressirt war, mehrere Arbeiter sofort Feierabend erhielten, so liegt die Vermuthung nahe, daß die Entlassungen auf Grund dieser Mittheilungen erfolgt sind. Jedenfalls ist die Karte ein werthvoller Beitrag zur Geschichte des Unternehmertums.

Aus Nah und Fern.

Der Bopf im Postwesen. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“: „Ich habe an einem Posthalter der deutschen Reichspost eine deutsche Reichspostkarte für 5 Pf. gekauft, um einem Freunde eine Mittheilung zu machen. Ein paar Minuten darauf fällt mir indessen ein, daß ich diese Mittheilung schicklicher Weise nicht per Postkarte machen kann. Da ich aber zufällig ein Rouvert bei mir habe, stecke ich meine Visitenkarte in dasselbe und gehe an den Schalter, um mir die Postkarte gegen eine Fünfpennigmarke umzutauschen. „Bebaure!“ schallt es mir entgegen, „das geht gegen meine Instruktion. Wir dürfen weder umtauschen noch das Geld zurückgeben!“ „Halt,“ denke ich mir, „der deutschen Reichspost werde ich schon diese Ungefälligkeit heimzählen!“ Ich stelle mich an das Schreibpult, schreibe mir eine beliebige Adresse auf die Postkarte und gehe noch einmal an den Posthalter, wo mir nun die beschriebene Postkarte gegen eine Fünfpennigmarke unweigerlich umgewechselt wird. Also erster Bopf: vollwerthige Postkarten werden nicht zurückgenommen, entwerthete jedoch für den vollen Kaufwerth! — Ein andermal habe ich eine entwerthete Postkarte, d. h. also eine verschriebene, die ich nicht mehr gebrauchen kann und die ich daher am Posthalter gegen eine neue Postkarte umtauschen will. Aber das geht nicht! Der Beamte erklärt mir, daß er nur befugt sei, das Geld oder andere Postwerthzeichen dafür zu geben. „Nun so geben Sie mir das Geld dafür!“ sage ich und erhalte 5 Pfennige, die ich sofort mit den Worten wieder hinlege: „Und für diese 5 Pf. bitte ich um eine Postkarte,“ die ich von dem ganz perplex dreinschauenden Beamten auch erhalte. Jetzt erkläre mir ein Mensch den Zweck und die Ursache dieser Bestimmungen.“

Ein Meisterstück literaturgeschichtlicher Erörterung leistete in einer im Wahlkreise P y r i s z u F r e i e n w a l d e i. B. abgehaltenen Versammlung der Bundesredner Herr M a l k e w i z aus Stettin. In einem Loblied auf den Adel führte er zum Belege für die Großthaten desselben auch die Namen der Herren v. G o e t h e und v. S c h i l l e r an!! Wenn die Freienwalder nun nicht für den Adelskandidaten stimmen, ist ihnen nicht zu helfen.

Der zerstreute Amtsrichter. Zu dem Thema „Weiteres aus dem Gerichtssaal“ theilt ein badischer Anwalt der „Frankf. Ztg.“ Folgendes mit: Am 2. Januar war Schöffengerichtssitzung. Der Amtsrichter eröffnete die Sitzung augenscheinlich unter den Wirkungen eines „Katers“ und vielleicht auch unvorbereitet mit der Frage an die Schöffen: „Haben Sie dieses Jahr schon Schöffendienste geleistet?“ Die Antwort war natürlich keine bejahende. Unmittelbar darauf ruft der Amtsrichter die Zeugen auf, darunter ein fünfjähriges Mädchen, das weinend vor die Rampe tritt. Der Amtsrichter fragt die Zeugin, in den Akten blättern: „Wie alt sind Sie?“ Antwort unter erneutem Thränenausbruch: „Fünf Jahre.“ Frage: „Ledig oder verheirathet?“ Keine Antwort. Das Kind schien in der That ledig zu sein.

Ludwig II. über Fürstenthümern. In einem von der „Bayerischen Landeszeitung“ mitgetheilten Briefe, den König Ludwig II. im Jahre 1883 an eine Persönlichkeit in Berlin gerichtet hat, gefällt uns die folgende Stelle besonders gut: „Das Glückliche ist nur dann wahrhaft glücklich, wenn seine Quelle das Glückliche machen ist. Nach diesen Prinzipien glaube ich zu handeln. Wenigstens bemühe ich mich, Niemanden ungetröstet weggehen zu lassen, der sich in seiner Bedrängniß an mich wendet. Wenn ich z. B. hauptsächlich der Kunst und dem Kunstgewerbe Arbeit gebe, so thue ich dies im Hinblick darauf, daß dieselben der Unterstügungen vor Allem bedürftig sind. Außerdem geben meine Bauten Tausenden von fleißigen Arbeitern reichen Verdienst und diese Tausende lassen wieder Tausende von Kaufleuten und Gewerbetreibenden verdienen. Jedenfalls erfülle ich meine Aufgabe als König hierdurch vollkommener, als wenn ich Reichthümer für meine Erben ansammeln ließe. Ein Fürst muß hauptsächlich die Verbesserung der Verhältnisse des größten und ärmsten Theiles seiner Unterthanen im Auge haben. Wenn die Fürsten gar so gerne irdische Schätze aufspeichern, werden ihre Krönungsmäntel in der Regel von den Motten angenagt; das Volk fühlt unter diesen Mänteln kein königliches und kein menschliches Herz schlagen.“

Eigentümliche Todesursache. Um ihr anderthalbjähriges Kind nicht allein zu lassen, nahm die Frau des Handarbeiters Hoppe in E i l e n b u r g das Kind am Mittwoch mit nach dem Wochenmarkt. Als sie an der Kirche vorüberging, fiel ein Stein herab, traf das Kind, das die Mutter auf dem Arm trug, und verletzte es so schwer, daß es bald darauf starb.